

# Politische Berichte

---

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

## Kölner Müllbestechung mit bundesweiten Folgen

S. 3



## Haager Tribunal: Anklage in Nöten

S. 5

## Bundesweiter „Runder Tisch“ der Erwerbslosen- und Sozialhilfe- organisationen

S. 14

## Deutsch-tschechische Beziehungen stabilisieren – das Münchner Diktat von 1938 komplett annullieren

S. 19



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Regionales / Gewerkschaftliches West ...:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

**Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite:** Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## IN BERLIN

AKTUELL

**DIE EU WIRD DEUTSCHER.** Heute im Bundestag berichtet: „Der Anteil deutschen Personals in der EU-Kommission und im Generalsekretariat des Rates ist mit Stand Anfang 2002 auf 12 Prozent gestiegen. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (14/8347) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (14/8185). Dabei ist das deutsche Personal in der EU-Kommission mit 675 Beamten vertreten und damit in etwa gleichstark wie Italien mit 682 Beamten. Die Stellung der Beamten in der EU-Kommission entspricht der des höheren Dienstes in Deutschland. Demgegenüber stärker vertreten in der EU-Kommission ist Frankreich mit 858 Beamten. Aus der Sicht der Bundesregierung hat die Präsenz deutscher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Institutionen der Europäischen Union große Bedeutung. Damit deutsche Ideen und Interessen problemlos eingebracht werden können, sei es hilfreich, wenn auf allen Ebenen deutsche Ansprechpartner vertreten sind. Einen Nachholbedarf gibt es nach Einschätzung der Regierung im mittleren Führungsbereich und bei der Besetzung von Spitzenpositionen. Sie verweist dabei auf Versäumnisse der Vorgängerregierung, die nur mittel- bis langfristig zu beheben seien. Deshalb habe sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, die Präsenz deutschen Personals auch in internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen und besonders auf der Führungsebene der Institutionen der Europäischen Union zu verbessern.“

**DEUTSCHE GEWEHRE IM HIMALAJA.** Nach einem Bericht in der Berliner Zeitung vom 6. März 2002 ist zu befürchten, dass deutsche G3-Gewehre wieder in größerer Stückzahl nach Nepal exportiert werden. Der Autor des Berichts ist Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS). Die Oberndorfer Waffenfirma Heckler & Koch, so schreibt Otfried Nassauer, habe nach Angaben der britischen Fachzeitschrift Jane's Defence Weekly den Auftrag erhalten, dem Königreich Nepal in den kommenden Jahren bis zu 65.000 modernste Gewehre vom Typ G-36E zu liefern. 5.000 Exemplare des neuen Gewehrs mit dem Kaliber 5,56mm, das die Bundeswehr und Spanien zur Zeit einführen, sollen bereits in Kürze geliefert werden. Somit wäre Nepal der erste Staat außerhalb von Nato und EU, der die neue Waffe erhalten würde. Vorausgegangen sei die Erteilung eines Auftrages über fünf Millionen Dollar zur Einrichtung einer Wartungs- und Reparaturwerkstatt für das G-36 im vergangenen Jahr; dies sei nepalesischen Quellen zu entnehmen. Otfried Nassauer erinnert daran, dass das Exportvorhaben in „eklatantem Widerspruch“ zu den Rüstungsexportrichtlinien der rot-grünen Bundesregierung stehe. In den Richtlinien bekundet sie ihr Bestreben, durch Begrenzung und Kontrolle des Rüstungs-

exports „einen Beitrag zur Sicherung des Friedens, der Gewaltprävention, der Menschenrechte und einer nachhaltigen Entwicklung“ zu leisten. Die Menschenrechtslage in einem Land werde bei den Rüstungsexportentscheidungen der Bundesregierung eine wichtige Rolle spielen. In dem autoritär geführten Königreich Nepal, formal eine parlamentarische Monarchie, weitet sich der Bürgerkrieg zwischen Regierungskräften und der maoistischen Guerilla UCP aus. Im Januar rief die Regierung den Notstand aus. Organisationen wie Amnesty International werfen beiden Konfliktparteien zunehmend gravierende Menschenrechtsverletzungen vor. Seine „Feuertaufe“ hat das G-36 in Nepal bereits hinter sich“, heißt es weiter in dem Artikel. Nach Informationen des indischen Politikmagazins „Frontline“ war es ein Gewehr dieses Typs, mit dem am 1. Juni vergangenen Jahres – nach offiziellen Angaben – der nepalesische Kronprinz Dipendra seinen Vater den König, etliche Verwandte und schließlich sich selbst erschoss.

**NACHTRÄGLICHE SICHERUNGSVERWAHRUNG.** Der Bundesrat befasste sich in seiner Februarsitzung mit dem baden-württembergischen Gesetzentwurf zur Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung in ganz Deutschland und verwies ihn in die zuständigen Ausschüsse. In Zukunft soll die Sicherungsverwahrung bei sogenannten „besonders rückfallgefährdeten“ Gefangenen auch noch nach dem Urteil bis unmittelbar vor der Entlassung aus der Straftat angeordnet werden können. Der baden-württembergische Justizminister Ulrich Goll (FDP) sieht gute Chancen für die bundesweite Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung: „Nach der jahrelangen Blockadepolitik der rot-grünen Bundesregierung gibt es erste positive Signale für ein spätes Einlenken. Diese offensichtlichen Sicherheitslücken sind aber allein durch Gesetze und nicht durch populäre Sprüche des Bundeskanzlers in Interviews zu schließen.“ Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland die nachträgliche Sicherungsverwahrung durch das Gesetz über die Unterbringung besonders rückfallgefährdeter Straftäter vom 14. März 2001 eingeführt.

Die Rechtslage bisher war, dass die Gerichte bei der Verurteilung eine Prognose abgeben, ob ein Straftäter nach Strafverbüßung weiter in Haft bleiben soll. Damit ist immerhin noch ein Zusammenhang mit einer gründlichen Tatarbeitung gegeben. Baden-Württemberg schiebt das ganze vom Gericht auf Gutachter, die im Auftrag der Strafvollzugsbehörden tätig werden. Zwar muss weiterhin ein Gericht die Verwahrung verhängen, aber die Initiative verschiebt sich auf die Knastbehörden. Außerdem soll Sicherungsverwahrung auch bereits bei Ersttätern verhängt werden können.

# Kölner Müllbestechung mit bundesweiten Folgen

## Die Vorgeschichte

Im Juni 1989 beschließt der Rat der Stadt Köln trotz großer Bürgerproteste den Bau einer Müllverbrennungsanlage (MVA). 1992 beschließt der Rat die Gründung einer Abfallverwertungsgesellschaft (AVG) mit einer privaten Beteiligung der Firma Trienekens von 25,1%, die die Müllverbrennungsanlage bauen und betreiben soll. Für die technische Seite des Baus wird ein Tochterunternehmen von Trienekens beauftragt.<sup>1</sup> Die Landes-Grünen und ein Bürgerbegehren wenden sich gegen den Bau. Wild entschlossen und mit allen juristischen Tricks wird der Bürgerentscheid von der SPD niedergemacht. Schon damals, im Jahre 1995, vermuteten viele, dass sich hier Leute bereichern. Anders waren die Reaktionen auf das 1 Mrd. DM-Projekt nicht zu verstehen.

Im September 1999 verliert die SPD nach über 40 Jahren die Herrschaft über Köln. Umstrittene Entscheidungen hatte sie immer gemeinsam mit der CDU getroffen und den Schwarzen auch einen beträchtlichen Teil des Verwaltungsapparates überlassen. Auslösendes Moment dieser Niederlage waren die Insider-Geschäfte des sozialdemokratischen OB-Kandidaten und früheren Oberstadtdirektors Heugel. Seitdem drückt die SPD die weichen Kölner Oppositionsbänke. Die CDU regiert nunmehr mit der FDP. Die Haushalte 2000 und 2001 fanden die Zustimmung von Bündnis 90/Die Grünen.

## Die 2000er Privatisierung

Mit einer Privatisierungswelle regiert nun die CDU. Dabei spielt die AVG, die die Müllverbrennungsanlage betreibt und die Gründung eines Abfallwirt-

schaftsbetriebes (AWB), der den Müll einsammelt und der AVG zuführt, eine wichtige Rolle. Im Jahre 2000 wird gegen den Widerstand von Grünen und PDS-Offene Liste der Privatanteil der Firma Trienekens in beiden Unternehmen auf einen Anteil von je 49,9% festgesetzt. Und wieder gibt es Entscheidungspro-

komme sie nicht diesen Zuschlag, entfallende diese Regelung und die Kosten für den Betrieb der MVA stiegen dramatisch an.<sup>2</sup>

CDU, FDP und SPD folgen dieser Erpressung, weil alle drei Parteien nicht nur jährlich ihre legale Parteispende erhalten, sondern ein riesiges Personalgeflecht mit der Firma Trienekens haben.



zesse, die nicht erklärbar sind. Hatte die Firma Rethmann ein Privatisierungsangebot unterbreitet, das 40 Mio. günstiger war, so rechnet die Firma Trienekens in einem internen Schreiben, eine Stunde vor der Ratssitzung, dem Rat der Stadt Köln vor, dass ihr Angebot aber um 130 Mio. DM günstiger sei, weil die Firma Trienekens ihren privaten Müll auch in die Müllverbrennungsanlage einbringt. Be-

## Trifft es nur die SPD?

Jetzt kommt ein Bestechungsskandal nach dem anderen auf den Tisch. Details davon würden den Rahmen dieser Zeitschrift sprengen. Es trifft vor allem die SPD, obwohl vielleicht 90% aller Kölner meinen, dass auch CDUler ihre Geschäfte gemacht haben. Tatsache ist aber, dass dies zur Zeit nicht zu beweisen ist und ein

## Aus der Rede der PDS-Offenen Liste am 7. März im Rat der Stadt Köln

Die PDS-Offene Liste fordert die komplette Offenlegung der Unterlagen für den Bau der Müllverbrennungsanlage und die Privatisierung von AVG und AWB. Eine Rechnungsprüfung alleine reicht unseres Erachtens nicht aus. Der gesamte Fall muss auf den Tisch und überprüft werden.

Wir fordern, dass bei der Überprüfung der Kölner Müllpolitik die Einwände der Bürgerinitiative KIMM einbezogen werden. Wir fordern, dass die Angaben in dem anonymen Brief, der unter der Hausmarke „Ingenieurbüro Weyer“ firmierte, sofort überprüft werden.

Wir wollen, dass die Verwaltung einen Bericht erstellt, welche Möglich-

keiten wir überhaupt haben, die Zusammenarbeit mit der Firma Trienekens aufzukündigen. War das gesamte Vertragswerk nicht eigentlich „sittenwidrig“? Das fragen wir uns. Der Rat der Stadt Köln sollte alle Möglichkeiten nutzen, sich aus den Klauen des Trienekens-Konzerns und der RWE zu lösen. Das ist nach unserer Auffassung ein wichtiger Punkt. Bei der Privatisierung der AWB haben wir ja live erleben können, wie das stattfindet ...

Und ich frage die heutigen und früheren Mitglieder des Aufsichtsrates der AVG: Was haben Sie dort eigentlich gemacht? Warum haben Sie sich die Verträge nur erklären lassen und sie nicht selber eingesehen und durchgearbeitet?

Wenn es der quirligen Petra May von den Grünen in der letzten Wahlperiode gelungen ist, die MVA-Verträge unter Bewachung und unter Zähneknirschen des Aufsichtsrates der AVG einzusehen:

Warum haben Sie das nicht auch getan? Das frage ich Sie!

Die Ratsmitglieder in den Aufsichtsräten sind nicht der AVG verpflichtet, sondern den Kölner Bürgerinnen und Bürgern. Das sollten Sie sich alle vergegenwärtigen. Machen Sie es sich nicht bequem! Mit Fraktionsdisziplin kann man keine Politik für die Kölner machen, sondern nur, wenn man alles kritisch hinterfragt. Beweisen Sie Zivilcourage, und mischen Sie sich ein!

Und wenn die Aussage „Kein Großprojekt ohne Korruption“ stimmt, was ich nicht bezweifle, dann bin ich aus neuen Gründen gegen eine Privatisierung von GAG und Grubo. Hier tut sich meines Erachtens doch schon der nächste Skandal auf. Das stinkt doch zum Himmel!

(Zustimmung bei Sengül Senol [PDS] und Bündnis 90/Die Grünen - Karl Klipper [CDU]: Belegen Sie das einmal!)



Redner der PDS auf der letzten Ratssitzung an den Fraktionsvorsitzende Prof. Bietmann nur die Frage stellen konnte: „Und ich frage Sie, Herr Bietmann, in welchen Fällen haben Sie und ihre Kanzlei die Firma Trienekens beraten und verteidigt. Wie hoch ist Ihr Jahresumsatz mit dieser Firma?“<sup>3</sup>

Angeblieh soll er nicht so hoch sein. Auch wenn eine Kandidatur eines Geschäftsführers der Firma Trienekens bei die Kölner CDU für den Deutschen Bundestag viele verwundert hat – der Mann war mal einfaches Ratsmitglied – so sind die Schmiergeld- und Bestechungsaffären bei Sozialdemokraten in viel größerem Umfang nachweisbar. Das mag auch daran liegen, dass eine Karriere eines sozialdemokratischen Kommunalpolitikers anders verläuft, als die eines Konservativen. Der Sozialdemokrat ist in einem Beschäftigungsverhältnis, der Konservative oft selbstständig. 40 Jahre SPD-Herrschaft in einer Kommune, Fraktionszwang, Parteiloyalität, Parteiverbindungen und die Laufbahn über die städtischen Aufsichtsräte eröffnen ver-

zu durchschauen, wo auch immer sie sitzen: im Ausschuss, im Aufsichtsrat oder in der Ratsversammlung. Deshalb muss es eine Aufgabe alternativer Kommunalpolitik sein, hier Kritik zu führen und Transparenz zu fordern, aber sich auch mit den Inhalten zu befassen.

Und es gibt auf jeden Fall auch Alternativen zur Privatisierung: z.B. der Zusammenschluss von Kommunen bei der Abfallwirtschaft, die ein elementarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge ist und bleiben muss.

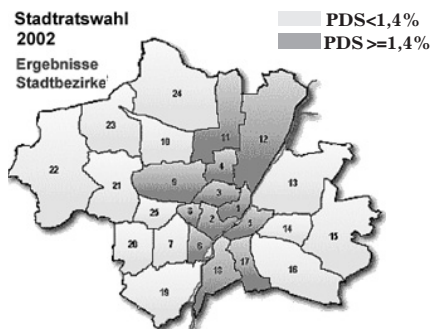
### Schmiergeldaffäre fördert Rechtsentwicklung

Bei den Umfragen zur Bundestagswahl hat Rot-Grün keine Mehrheit mehr. Der Kölner Skandal kann Kanzler Schröder die Mehrheit kosten, weil er die sozialdemokratischen Wähler entmutigt und die Reaktionäre auf den Plan ruft. Schon fordert die hessische CDU eine Entschuldigung von Müntefering bei Koch wegen dessen Kritik an den Transaktionen von CDU-Geldern in die Schweiz.<sup>4</sup> Und wenn Kanzlerkandidat Stoiber damit kokettiert, „er wolle den Spendenskandal nicht im Wahlkampf „instrumentalisieren““ so will er diese Praxis – bei der CDU und CSU reichhaltige Erfahrung haben – legalisieren. Er will die Kritik an Privatisierungen und Bestechungsskandale die Spitze nehmen und mundtot machen. Stoiber will aber auch die kleinbürgerlichen Mittelschichten – abgestoßen von der langjährigen Kohl-Herrschaft – wiedergewinnen. Die SPD hat für diese Schicht der Gesellschaft den Glanz ihres Neuanfangs verloren. Und die unsoziale Einstellung mischt sich mit einem größeren Sicherheitsbedürfnis und einer ordentlichen Karriere, bei der alles nach Treu und Glauben verbucht wird. Der Ruf nach Saubermännern wird jetzt größer werden. Das nutzt der Rechten.

Der Vorschlag der PDS-Bundestagsfraktion für eine Neuordnung der Parteienfinanzierung greift zu kurz.<sup>5</sup> Ein Großteil der Vergabe kommunaler Aufträge – und das sind Milliarden-Beträge – läuft durch den nicht-öffentlichen Teil der Ausschüsse und des Rates, das fördert Korruption und Bestechung. Die kommunale Verwaltung muss transparenter und offen werden. Deshalb hat die Kölner PDS-Ratsgruppe zwar einen Antrag auf Rechnungsüberprüfung unterstützt, aber auch eine Offenlegung aller Unterlagen über den Bau und der Privatisierungen gefordert.

Jörg Detjen, Mitglied im Rat der Stadt Köln

- 1 Kölner Stadt-Anzeiger vom 6. März 2002
- 2 Rat der Stadt Köln, Sitzungsprotokolle vom 27. Juni und 16. August 2000
- 3 Rat der Stadt Köln, Sitzungsprotokoll vom 7. März 2002
- 4 Süddeutsche Zeitung, NRW-Beilage vom 6. März 2002
- 5 Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10. März 2002
- 6 Presseerklärung von Roland Claus vom 8. März



Gesamtergebnis München: CSU 36,0% 30 (-1) Sitze, SPD 41,9% 35 (+4) Sitze, GRÜNE 9,6 % 8 (+-) Sitze, FDP 3,6% 3(+1) Sitze, REP 1,2% 1(+), DaCG 1,1% 0, (-1), RoLi 2,0% 1 (+-) Sitz, ASP 0,8% 0, (-1) Sitz, ödp 1,2% 1 (+-), FW 1,2% (0), PDS 1,4% (1). Für die PDS gewählt: Brigitte Wolf

### Stoiber-Wahlkampf wirft Schatten voraus

## Die Kommunalwahlen in Bayern und das Ergebnis der PDS

Die Kommunalwahlen in Bayern zeigten, wie empfindlich die Wählerinnen und Wähler inzwischen auf die Politik der großen Parteien reagieren. Das Ergebnis in den großen Städten Nürnberg, Augsburg und München markiert eine Erholung von Rot-Grün und Verluste der CSU. Allerdings gewann die CSU in der Breite des Landes nochmals hinzu.

Für den Rückfluss von Wahlstimmen zu Rot-Grün in den Großstädten ist die Bewerbung Stoibers als Kanzlerkandidat gewiss von Bedeutung gewesen sein, ebenso, dass es den Grünen durch Fischer und der SPD durch Schröder gelungen ist, sich als Kämpfer gegen die Ausweitung des imperialen Kriegsgeschehens darzustellen. Dadurch wurden Widerstände gegen die Wahl von SPD und Grünen abgebaut.

Andererseits wird immer klarer, dass die Rechte, wie sie der Kanzleranwärter Stoiber repräsentiert, eine Gefahr für das Zusammenleben in den Ballungsräumen darstellt. Dem Streben nach interkultureller Solidarität tritt die CSU mit dem Anspruch auf christlich-abendländische Leitkultur entgegen. Die Notwendigkeit, den Lebensweg singularisierter Menschen durch öffentliche Einrichtungen abzustützen, wird von den Rechten nicht begriffen. Ebenso wenig wird verstanden, dass eine demokratische Gesellschaft die Formen des Zusammenlebens nicht vorschreiben und gewaltsam erzwingen darf, sondern Gestaltungsräume offen halten muss. Eine Gleichschaltung der BRD, modellhaft vom Kanzler Stoiber über Ministerpräsident Beckstein und OB Aribert Wolf (der ursprüngliche OB-Kandidat der CSU in München, der so rechts war, dass er bereits im Vorwahlkampf untragbar wurde), eine solche Gleichschaltung würde das Zusammenleben in den großen Bal-

## Platz abbecken

Nr. 2, Februar 2002

Editorial

Lothar Lenz

Robert Lenz

Nach 10 Jahren werden wir versuchen, die Betriebsräte der Sozialisten zu

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln

Versorgung mit der Abfallwirtschaft

Lückenlose Aufklärung über Bau der MVA und der Privatisierungen

### Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat

schiedene Möglichkeiten von Vorteilsnahme und führen zu einer „geschlossenen Gesellschaft“, wie die *Süddeutsche Zeitung* bemerkt.

### Ein bundesweiter Trend

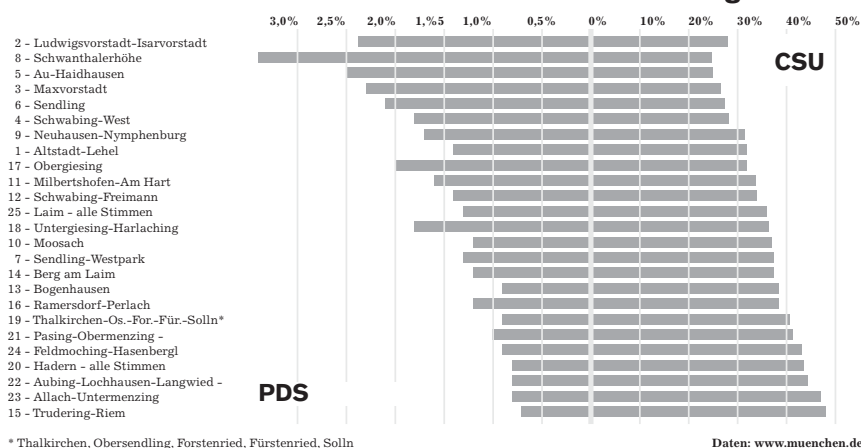
Die Arroganz der Macht führt auch zum Rechtsbruch: So wurde jetzt bekannt, dass der CDU-Bürgermeister in Neuss seit 40 Jahren ein Schwarze Kasse betreibt. Inzwischen sind durch Grundstücksverkäufe 34 Millionen Euro aufgelaufen.<sup>4</sup> Das Rechnungsprüfungsamt ist erst kürzlich auf die „geheime Kriegskasse“ gestoßen.

Der Frankfurter Staatsanwalt Schauensteiner prägte den Satz: „Kein Großprojekt ohne Korruption“. Es handelt sich also nicht nur um ein Kölner Problem, sondern um bundesweite Praxis in der Kommunalpolitik und der Wirtschaft, die sich dann auch noch mit Verstößen der Parteifinanzierung vermischen.

Auch wegen der hohen Verschuldung der Kommunen findet gerade eine Welle von Privatisierungen statt. In den nächsten Monaten wollen zahlreiche Kommunen den Fahrzeugpark und die Schienenanlage des ÖPNV verleasen. Steuergeschäfte über viele Milliarden Euro, die mit Scheinfirmen in den USA über die Kaiman-Inseln abgewickelt werden.

All diese Geschäfte sind für einen ehrenamtlichen Kommunalpolitiker schwer

## Die 25 Münchner Stadtbezirke nach Stimmanteilen geordnet



## Arbeitslosenversicherung

# Entmachtung der Versicherten

Inzwischen scheinen sich die Befürchtungen, die wir in der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte geäußert hatten, zu bestätigen: Die Reform der Arbeitslosenversicherung endet mit noch mehr Druck auf die Arbeitslosen und mit weniger Geld für den Lebensunterhalt. Der vorgesehene neue Chef der Bundesanstalt, der Sozialminister von Rheinland-Pfalz, Florian Gerster, äußert sich so in verschiedenen Interviews; er fordert z.B. die Kürzung der Bezugsdauer für Arbeitslosengeld generell auf zwölf Monate.

Wie kommt er eigentlich dazu? Seit wann bestimmt ein Behördenchef die Regeln, die Gesetze, nach denen er zu handeln hat? Eigentlich ist ja die Arbeitslosenkasse eine Versicherung, deren Regeln die Versicherten bestimmen. Aber obwohl es eine sogenannte Selbstverwaltung gibt, bedeutet die in der Praxis im Wesentlichen, dass aus den Reihen der Interessenvertreter von Arbeitnehmern und Arbeitgebern sich welche um Posten im Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit bewerben können. Die eigentlichen Regeln für die Arbeitslosenversicherung werden jedoch von der Regierung aufgestellt.

So kommt es auch, dass die Gewerkschaften zwar Vorschläge für die Reform der Arbeitslosenversicherung machen, die aber nicht mehr Einfluss haben als sonst gewerkschaftliche Stellungnahmen.

Das Bundesministerium für Arbeit hat jetzt „Eckpunkte für die gesetzliche Umsetzung der ersten Stufe des Zweistufenplans der Bundesregierung für kunden- und wettbewerbsorientierte Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ herausgebracht. Die wesentlichen Punkte: Einführung einer privatwirtschaftlichen Chefstruktur in der Behörde (die auch nicht mehr Behörde genannt werden soll, sondern „Dienstleister“). Die Vorsitzenden sollen auch keine Beamten mehr sein, was einerseits die Abhängigkeit vom Dienstherrn lockert (keine Loyalitätsverpflichtung auf den Staat), sie andererseits aber erhöht, weil sie kündbar sind.

Die Reste von Selbstverwaltung werden weiter beseitigt; bisher gehörten die Vorstände entweder den Gewerkschaften oder den Arbeitgebern an. „Künftig wird es einen hauptamtlichen Vorstand geben, in dem die Zugehörigkeit der Mitglieder zu einem Interessenverband nicht mehr von Bedeutung sein wird.“ Die Vorstandsmitglieder werden von der Bundesregierung ernannt. Einzig ein deutlich verkleinerter Verwaltungsrat bleibt paritätisch von Gewerkschaften, Arbeitgebern und Gebietskörperschaften besetzt.

lungsräumen sprengen. Es gibt ja die Erfahrungen mit den durch staatliche Vorgaben induzierten Gewalttaten gegen Migranten, gegen Schwule, gegen sozial Bedürftige, gegen Behinderte. Alles zusammen gibt schon eine Begründung, Rot-Grün zu wählen.

Sehr besorgniserregend ist, dass die CSU sich in der Breite, in den kleineren Städten und auf dem Lande, noch einmal ausdehnen konnte, hier überwiegen offenbar die Hoffnungen auf eine konservative Stabilisierung der Situation. Ein ähnliches Phänomen zeigt sich auch innerhalb der Großstadt München. Hier ist die CSU in den innerstädtischen Quartieren schwach und in den einfamilienhausübersäten Randbezirken stärker.

Die bayerische PDS hatte es in dieser Situation schwer, zumal diese in so grellem Licht erst erschien, nachdem Stoiber Frau Merkel verdrängt hatte, also mitten im Wahlkampf. Dennoch hat sich gezeigt, dass es Chancen für die PDS gibt. Wo, wie, was?

In der kleinen Universitätsstadt Eichstätt entstand eine junge Liste für die PDS, die es auf über 3,5% brachte, leider um acht (8!) Listenwähler zu wenig für ein Mandat. Die PDS kann also als Partei in der Entwicklung jungen, politisch interessierten Kräften eine Plattform bieten. Voraussetzung ist dabei allerdings, dass solche Gruppierungen einen starken eigenen Zusammenhang und dem entspringende Zustimmung am Ort sich bereits erarbeitet haben, eine Konstellation, die sich nicht oft ergibt. In Passau z.B. scheiterte ein solcher Ansatz bereits im Vorfeld; wahrscheinlich, weil es dort eine linke „studentische Liste“ bereits gibt, neben der für eine parteigebundene junge Liste nicht so recht Platz gewesen wäre. – Weil die PDS Gestaltungsräume offen lässt und in den Nationalismus und die Kriegsführung der BRD nicht verwickelt ist, bietet die Partei der jungen Generation die Möglichkeit, sich zu artikulieren.

Zweitens hat die PDS aber auch eine Chance, weil und so weit es ihr gelingt, die Bedürfnisse der emanzipativen sozia-

len und politischen Bewegungen der Zeit aufzugreifen und politisch zu formulieren.

Rot-Grün sind Staatsparteien geworden. Sie repräsentieren die Staatspolitik und suchen dafür Publikum und Stimmen. Die PDS ist keine Staatspartei; jedenfalls bis jetzt nicht. Sie wurzelt nicht in Ämtern und Behörden und Machtapparaten, sondern in den gesellschaftlichen Kritik- und Widerstandsbewegungen.

Es scheint sich abzuzeichnen, dass die PDS die Aufgaben, die sich daraus ergeben, mit ihren Parteigliederungen vor Ort wahrnehmen muss, um akzeptiert zu werden. So wäre es erklärlich, dass die Nürnberger PDS, die vor sechs Jahren den Einzug in den Stzardrat nur ganz knapp verfehlte, diesmal deutlicher scheiterte. Es war im Vorfeld nicht gelungen, zu tragfähigen Übereinkünften mit einer ebenfalls linken, bunten internationalen Liste zu kommen. Hier hat die PDS einen Rückschritt erleben müssen.

Für ein Mandate nicht gereicht hat es auch in Augsburg, allerdings konnte die PDS hier erstmals einen perspektivisch aussichtsreichen interkulturellen Arbeitszusammenhang finden und, gemessen am letzten Bundestagwahlergebnis, einen Fortschritt verbuchen.

Für 1 Mandat gereicht hat es in München. Wir haben im obigen Schaubild die Ergebnisse von PDS und CSU nach Stadtvierteln gegenübergestellt. In dieser Betrachtung zeigt sich die PDS stärker, wo die Rechte schwächer ist. Die PDS München hat mit ihrer Wahllosung: *Mit Links für ein solidarisches München* diese Situation ganz gut getroffen. Und es ist auch gut angekommen, dass die Partei bei ihrer Programmearbeitung versucht hat, die Diskussionsergebnisse des breiten Spektrums linker Politik aufzunehmen und den Kampf um interkulturelle Solidarität als klar erkennbaren Schwerpunkt hervorzuheben. Mit 1,4% erhielt die PDS in München eine Chance, zu zeigen, was sie leisten kann, und eine Mitteilung, dass die bisherigen Leistungen den Erwartungen eines breiteren Publikums noch nicht genügen. maf

Diese weitgehende Entmachtung der sogenannten Selbstverwaltung, faktisch der Gewerkschaften, und Stärkung der Regierungsbefugnisse bereitet eine weitgehende Privatisierung der Arbeitsvermittlung vor.

Wir zitieren aus den Eckpunkten: „Mehr Wettbewerb: Freier Marktzugang für Vermittler (Aufhebung der Erlaubnispflicht für private Vermittler, keine Beschränkung des Vergütungsanspruchs auf privaten Vermittlungsleistungen auf Ansprüche gegen Arbeitgeber, Untersagung der Vermittlungstätigkeit bei Missbrauch). Die Verpflichtung für private Vermittler, eine Erlaubnis zur Vermittlungstätigkeit von der Bundesanstalt für Arbeit einzuholen, wird aufgehoben. Zur Verhinderung von Missbrauch wird die Möglichkeit der Untersagung der Vermittlung (entweder in der Gewerbeordnung oder im SGB III) eingeführt. Private Vermittler dürfen zukünftig auch von den Arbeitssuchenden Vergütungen verlangen. Zur Vermeidung von Missbrauch wird bestimmt, dass nur Erfolgshonorare beansprucht werden dürfen. Die zulässige Höhe wird auf einen Betrag limitiert, der sich nach der Höhe des Arbeitsentgeltes der vermittelten Stelle bemisst; der Höchstbetrag liegt bei einer Dauerbeschäftigung bei etwa eineinhalb Monatsgehältern.“

Dazu kommt noch ein reichhaltiges Prämiensystem, mit dem die bislang nicht so zahlreichen privaten Vermittler aufgepäppelt werden sollen: Gutscheine des Arbeitsamts für Privatvermittlung an länger Arbeitslose; behördeninterne Bevorzugung bei den Haushaltsmitteln für Arbeitsämter, die besonders viele Privatvermittlungen haben usw.

Neben der Tätigkeit als Regulierungsbehörde für die private Arbeitsvermittlung (im Text kommt der Vergleich mit der Regulierungsbehörde für die Telekommunikation vor) bleibt als Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeit die Zahlung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe als Versicherungsleistungen. Und hier ermöglicht die Verwaltungsreform mit der Entmachtung der Versicherten einen knallharten Kurs der Einschränkungen und Leistungsverweigerungen. Zwar sollen die konkreten Konzepte erst nach der Bundestagswahl vorgestellt werden, aber die Richtung ist bestimmt: Zusammenlegung Sozialhilfe und Arbeitslosengeld; Aussteuern der älteren Arbeitslosen.

Dass die Arbeitgeberseite, die auch in der Selbstverwaltung sitzt, mit diesem Kurs eher zufrieden ist, versteht sich. Mehr Druck auf die Arbeitslosen und Niedriglohnsektor sind sowieso schon lange ihre Forderungen, und dass mit der Öffnung der Arbeitsvermittlung für Private ein neuer Geschäftszweig aufblühen kann, wird gerne mitgenommen.

alk

Quelle: BMA-Pressestelle Berlin, den 28. Februar 2002, [www.bma.de](http://www.bma.de) (siehe auch Regionalteil Seiten 12 bis 16)

Die Calwer Truppe Kommando Spezialkräfte auf Terroristenjagd

## Einsätze sind leider vom Bundestag gedeckt

Von Tobias Pflüger

Es war eine Frage der Zeit, bis die Information bestätigt wurde, dass auch deutsche Elitekampfsoldaten des Kommando Spezialkräfte (KSK) aus Calw an den Kämpfen der US-Armee in Afghanistan beteiligt sind. Nur der Zeitpunkt der Bestätigung kam für viele überraschend. Die US-Armee startete Ende Februar ihre größte Offensive seit dem Kriegsbeginn am 7. Oktober 2001. Im Südosten Afghanistans an der Grenze zu Pakistan in der Provinz Paktia bei der Stadt Gardes starteten Truppen der USA ein umfangreiches Bombardement, dabei seien bisher bis zu 200 „versprengte Taliban- und El Kaida-Kämpfer“ und ca. 7 US-Soldaten getötet worden. Die US-Truppen testeten dabei ihre neue „Thermobaric“-Bomben. Sie soll „extrem zielgenau“ sein und dringe besonders tief in Höhlenkomplexe ein. Dort entzündeten sich mit Benzin gefüllte Sprengköpfe. Diese explodierten mit gewaltigen Feuerbällen. Damit würden sie den Sauerstoff aus dem Höhlenkomplex förmlich aufsaugen. Wer nicht durch die Explosion selbst getötet werde, sterbe einen erbärmlichen Erstickungstod.

### Geheimer Kampfeinsatz des Kommando Spezialkräfte

Nach Angaben des Pentagon waren an den Bodentruppenkämpfen zwischen ca. 3 000 „sich neu organisierenden Taliban- und El Kaida-Kämpfern“ einerseits und der Terrorallianz andererseits auf US-Seite auch Spezialtruppen aus Australien, Kanada, Dänemark, Deutschland, Frankreich und Norwegen beteiligt. Außerdem bombardierten auch erstmals neben britischen und US-amerikanischen auch französische Flugzeuge.

Der deutschen Bundesregierung war die offizielle Mitteilung aus den USA nicht recht, der Einsatz der KSK-Soldaten sollte geheim bleiben. Was die KSK-Soldaten in Afghanistan genau machen, erfuhr man aus Norwegen: Dort sagte der norwegische Stabssprecher Dag Aamoth zur Kriegsoffensive: „Die norwegischen Spezialeinheiten nehmen an andauernden Kampfhandlungen teil, bei denen Einheiten der Koalition versuchen, mehrere hundert Mann der El Kaida niederzukämpfen. Es handelt sich um eine koordinierte Operation von Luft- und Bodentruppen, die zähen Widerstand zu überwinden haben.“ Daran sind also auch die deutschen KSK-Soldaten beteiligt. In einem kargen Nebensatz bestätigte dies auch Rudolf Scharping: „In laufenden Operationen werden Spezialkräfte eingesetzt“.

Parteivertreter von CSU bis PDS haben sich über die Informationspolitik der Bundesregierung in Sachen Bundes-

wehreneinsätze und Einsätze des Kommando Spezialkräfte beklagt. Es hieß, der KSK-Einsatz sei nicht vom erteilten Mandat des Bundestages gedeckt. Den aufwachenden (?) Parteivertretern sei noch einmal die Lektüre des Bundestagsbeschlusses vom 16.11.2001 empfohlen. Darin wurde u.a. der Einsatz „ca. 100 Spezialkräften“ freigegeben. (s. dazu auch: *Politische Berichte* 5/02)

Leider haben viele Parlamentarier aufgrund der Koppelung mit der Vertrauensfrage nicht begriffen oder begreifen wollen, über welch umfassende „Kriegsermächtigung“ sie abgestimmt haben. Leider sind die KSK-Einsätze in Afghanistan vom Bundestagsmandat gedeckt. Voraussetzung ist allerdings, dass es tatsächlich 92 und nicht 200 sind, wie die Plaudertasche Helmut Wiczorek (Vorsitzender des Verteidigungsausschusses) behauptet.

Seit November beteiligen sich die KSK-Truppen zuerst durch Übungen in Oman und im Iran und dann kämpfend in Afghanistan am Terrorkrieg.

### Illegale Aktionen des Kommando Spezialkräfte

Die US-Truppen agieren bei ihrem Terrorkrieg in Afghanistan ja so, dass sie nur „wenn notwendig“ Gefangene machen. Die Zahl der getöteten Zivilisten übersteigt nach Angaben von Marc Herold (Universitätsprofessor in New Hampshire) inzwischen sicher die 3000. Über die getöteten örtlichen Kämpfer werden wir wohl entweder nie oder sehr spät (vgl. Golfkrieg 2) etwas erfahren. Die Gefangenen, die die US-Truppen doch machen, werden nicht – wie im Völkerrecht und Kriegsvölkerrecht festgeschrieben – als Kriegsgefangene behandelt, sondern als sogenannte „unrechtmäßige Kämpfer“ festgehalten und zum Teil nach Guantanamo auf Kuba gebracht. Sollten die KSK-Truppen den ihnen zugeschriebenen Auftrag ernst nehmen (gegen El-Kaida- und Taliban-Kämpfer Krieg zu führen und diese, „wenn nicht anders möglich“, gefangen zu nehmen), handeln sie bei Übergabe von Gefangenen an die US-Truppen offen rechtswidrig. Wollten sie nach dem Kriegsvölkerrecht handeln, müssten die KSK-Soldaten ihre Einsätze sofort beenden. So bleibt abschließend nur festzustellen: die KSK-Soldaten führen Krieg in Afghanistan mit vollem Mandat des Bundestages und der Bundesregierung und mit einem illegalen, völkerrechtswidrigen Auftrag: Deutsche Militärpolitik 2002

\* Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler, Vorstand der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Der Artikel wurde von der Redaktion aus Platzgründen stark gekürzt



## Wollen die USA Atomwaffen einsetzen?

Die *Los Angeles Times* berichtete am 9. März 2002 über ein Geheimpapier des US-Verteidigungsministeriums, demzufolge der Einsatz von Atomwaffen unter bestimmten Voraussetzungen möglich sei. Atomwaffen könnten danach erstens gegen Ziele, die gegen nicht-atomare Waffen resistent sind, eingesetzt werden, zweitens als Vergeltung für einen Angriff mit atomaren, biologischen oder chemischen Waffen und drittens für den Fall „überraschender militärischer Ereignisse“.

Die USA, so der Bericht, sähen sich mit neuen Eventualfällen konfrontiert, etwa „einer Attacke des Irak gegen Israel oder dessen Nachbarn oder einer nordkoreanischen Attacke auf Südkorea oder einer militärischen Konfrontation über den Status von Taiwan“. Eine weitere Überlegung sei der Einsatz von Nuklearwaffen, um feindliche Vorräte von biologischen, chemischen und anderen Massenvernichtungswaffen zu eliminieren. Als weitere mögliche Ziele für Angriffe mit Atomwaffen werden laut *Los Angeles Times* Russland, Syrien und Libyen genannt. Es sei das erste Mal, dass mit diesem Bericht („Nuclear Posture Review“), der am 8. Januar dem Kongress mit der Unterschrift von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld übermittelt wurde, eine Liste möglicher Zielländer von US-Atomangriffen ans Licht kam.

Daryl Kimball, Direktor der Rüstungskontrollvereinigung, erklärte in einer ersten Stellungnahme, mit der Bedrohung von sieben Staaten, von denen einige neu auf der Liste seien, werde die Möglichkeit des Gebrauchs von Atomwaffen nicht vermindert, sondern erhöht. Auch der Präsident der Vereinigung „Rat für eine lebenswerte Welt“, John Isaacs, sagte, 56 Jahre lang habe die Welt den Atomwaffengebrauch trotz ernster internationaler Krisen vermieden. Und nun habe die Regierung von Präsident George W. Bush die Schwelle für die atomare Verwüstung gefährlich herabgesetzt. Wörtlich erklärte er: „Sie suchen verzweifelt nach neuen Verwendungszwecken für Nuklearwaffen... Dr. Seltensam ist klarerweise im Pentagon noch am Leben.“

Der Kongress hatte laut *Los Angeles Times* eine Neubewertung der US-Position zu Nuklearwaffen im September 2000 angefordert. Die letzte Überprüfung dieser Art fand 1994 unter der Clinton-Administration statt. Da dieser Bericht ebenfalls geheim sei, sei kein Vergleich möglich. Experten seien allerdings der Auffassung, dass der neue Bericht einen Bruch mit der früheren Politik darstelle. So hätten US-Politiker zwar generell bestätigt, dass die USA Atomwaffen gegen nicht-nukleare Staaten nicht einsetzen würden, es sei denn, diese seien mit Nuklearmächten verbündet. Man ha-

be aber stets Unklarheit darüber gelassen, ob die USA bei der Vergeltung von Schlägen mit chemischen oder nuklearen Waffen selbst Atomwaffen einsetzen würden. Der Report schreibe nun die Vorbereitung auf den Einsatz von Atomwaffen in einem arabisch-israelischen Konflikt, bei Kriegen zwischen China und Taiwan, Nord- und Südkorea oder einem irakischen Angriff auf Israel oder einen anderen Nachbarn vor. Russland werde laut Bericht nicht länger offiziell als „Feind“ betrachtet. Allerdings erzeuge sein Atomwaffenpotential – 6 000 Atomsprenköpfe und 10 000 kleinere Atomwaffen – Besorgnis. Der Zeitung zufolge wird im Pentagon über die Produktion und den Einsatz von „taktischen“ Atomwaffen nachgedacht. Vor allem nach dem Golfkrieg von 1991 hätten viele Regimes tiefe Tunnel- und Höhlensysteme gebaut, die mit solchen Atomwaffen zerstört werden könnten. Die Formulierung „überraschende militärische Entwicklungen“ beziehe sich nach Meinung von Experten auf die Möglichkeit, dass „Schurkenstaaten“ oder Terrorgruppen eine völlig unbekannte Waffe einsetzen könnten, auf die schwer mit konventionellen Waffen zu antworten wäre. (Text nach *jungeWelt*, 11.03.2002).

Die *Neue Zürcher Zeitung* wies außerdem darauf hin, dass unter den neuen Bedingungen auch die nuklearen Abrüstungspläne der USA in einem anderen Licht erscheinen: „Unabhängig von diesen Überlegungen, wird von den Vereinigten Staaten weiterhin angestrebt, die Gesamtzahl der einsatzbereiten strategischen Atomwaffen von mehr als 6 000 auf 1 700 bis 2 200 zu verringern, wie es in den Abrüstungsgesprächen mit Moskau erörtert worden ist. Allerdings beabsichtigt Washington, wie der Bericht ausführt, diese Waffen in Zukunft effektiver, beweglicher und schneller einsetzbar zu machen. Daneben plant das Pentagon den Aufbau einer Einsatzreserve atomarer Waffen, die im Falle einer Krise in kurzer Zeit verfügbar sind. Diese Absicht stellt seit längerem einen Streitpunkt mit den Russen dar, die von den Amerikanern eine Vereinbarung über eine feste Zahl von vorhandenen Atomwaffen verlangen. Das Verteidigungsministerium spricht im Bericht davon, dass es sich bei der nuklearen Planung nicht um eine Frage der Zahlen handle. Es gehe auch um die Qualität der Waffen.“ (NZZ, 11.3.2002)

Quelle: [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)



Der Bericht kann heruntergeladen werden von: <http://www.latimes.com/news/opinion/la-op-arkinmar10.story>

Am 12. Februar begann vor dem UN-Tribunal in Den Haag der Prozess gegen den früheren jugoslawischen Präsidenten Milosevic. Die ersten Prozesstage fasste die *Neue Zürcher Zeitung* (23.2.) dahingehend zusammen, dass „Milosevic durchaus bereit ist, für die Verteidigung seiner Anliegen und Standpunkte zu kämpfen“. Die *Welt* (16.2.) steht für viele Medien, die schon bald nach der Prozesseröffnung feststellen mussten: „Er (Milosevic) kehrte die Anklage ... mit präziser Symmetrie um und setzte seinerseits den Westen auf die Anklagebank.“ Die *Basler Zeitung* äußerte bestürzt Kritik an der „schlechten Vorbereitung der Anklage“ und wäht das Haager Tribunal schon fast gescheitert (20.2.), ähnlich die britische *BBC*. Der Londoner *Independent* sah den Prozess schon vor dem Zusammenbruch. *BBC* und *CNN*, *Phoenix* und *EuroNews* brachen am 15.2. entgegen allen Ankündigungen die Fortsetzung der Übertragung des Prozesses ab. Und dann teilte auch noch der US-amerikanische „Beauftragte für Kriegsverbrechen“ Prosper Ende Februar beiläufig mit, Bush arbeite in der UNO auf eine Schließung des internationalen Gerichts in Den Haag bis spätestens 2008 hin. Augenscheinlich verläuft der Prozess gegen Milosevic nicht nach Plan.

### Haager Tribunal

## Anklage in Nöten

### Die Anklage

Die Anklage behauptet, dass Milosevic mit einem überschaubaren Kreis von Helfershelfern das „gemeinsame kriminelle Unternehmen“, in einer Serie von Kriegen zwischen 1991 und 1999 mit Mitteln des Völkermordes und der Massenvertreibung ein „ethnisch reines“ Großserbien zu schaffen, vorbereitet und verwirklicht habe. Der Prozess beginnt mit den Ereignissen im Kosovo, ab Juli wird das Verfahren sich auf Kroatien und Bosnien-Herzegowina ausweiten. Im ganzen Verfahren gibt es so gut wie kein schriftliches Beweisstück. Die Anklage beabsichtigt den Beweis vor allem durch die Vernehmung mehrerer hundert Zeugen zu erbringen, die in 66 exemplarischen Fällen Milosevics Schuld bezeugen sollen.

Der bange Zweifel, der viele Berichterstatter und Kommentatoren der internationalen Medien schon vor Beginn und erst recht nach den ersten Prozesstagen bewegte, lautet, ob es der Anklage wohl gelingt, die Beweiskette zwischen der Anklage und dem Nachweis direkter strafrechtlicher Verantwortlichkeit des früheren jugoslawischen Präsidenten zu schließen und eine lückenlose Beweisführung zwischen den vorgeworfenen

Taten und ihrer Anordnung bzw. ihrer bewussten Billigung durch Milosevic zu erbringen.

Der Völkerrechtler Norman Paech beschrieb am 12.2. im *Neuen Deutschland* die Probleme der Anklage so: „Die zweiundsechzig Seiten der Anklage stellen zwei große Herausforderungen an das Gericht, die Frau Del Ponte (die Chefanklägerin – d.Verf.) selbst nicht einlösen konnte: Zum einen den Nachweis, d.h. die Aufklärung über so manch zweifelhaftes ‚Verbrechen‘ wie u.a. das von Racak, welches umstandslos als serbischer Massermord dargestellt wird. Zum anderen die zweifelsfreie Zurechnung nachgewiesener Verbrechen als eigene Taten des damaligen Staatspräsidenten Milosevic. Zu diesem Punkt fehlen bisher jegliche Beweisanlagen, die Verantwortlichkeit wird in der Anklage schlicht unterstellt.“

### Das Gericht

Milosevic bestreitet nach wie vor die Rechtmäßigkeit des Gerichts. Er verzichtet deshalb auf einen offiziellen Rechtsbeistand und verteidigt sich selbst.

Seit den Tribunalen in Nürnberg und Tokio sind Bestrebungen im Gange, eine internationale Strafgerichtsbarkeit zu institutionalisieren, mit deren Hilfe individuelle Verantwortliche für staatliche Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Rechenschaft gezogen werden können. Diese Bestrebungen gipfeln in dem im Juli 1998 getroffenen Beschluss, einen ständigen Internationalen Strafgerichtshof (Weltstrafgerichtshof) zu schaffen. Die Einrichtung des Tribunals für Jugoslawien 1993 wird als wichtiger Schritt auf diesem Weg gesehen. Aber viele Völkerrechtler und andere Juristen werfen die Frage auf, ob dieses Tribunal nicht vielmehr auf einen Abweg führt. Der wichtigste Einwand betrifft die Einrichtung des Tribunals durch den Sicherheitsrat auf der Grundlage des VII. Kapitels der UNO-Charta. Die Kritiker argumentieren u.a., dass damit die Souveränität der Staaten in Frage gestellt wird und dass ein ordentliches internationales Tribunal eine vertragliche Grundlage haben, von der UNO-Vollversammlung akzeptiert und von einer Mehrheit der Mitgliedsstaaten ratifiziert werden müsse. Das alles trifft auf das Haager Tribunal nicht zu. Hinzu kommt, dass nur 8,6% seines Budgets von der UNO gedeckt werden, ungefähr 15% kommen aus privaten Quellen und der ganz überwiegende Teil wird von den NATO-Staaten beigesteuert.<sup>1</sup> Das hatte Nato-Sprecher Shea am 17.5.1999 bewogen zu erklären: „Die Nato-Länder haben die Mittel bereitgestellt, um das Tribunal einzurichten, wir sind die größten Geldgeber. Wenn Frau Arbour Ermittlungen führt, dann macht

sie das, weil wir es ihr erlauben.“

Norman Paech fasst die zahlreichen Kritikpunkte am Tribunal so zusammen: „Gäbe es nicht eine weitgehende Vorverurteilung Milosevic's in der europäischen Öffentlichkeit, würden die schwerwiegenden Defizite des Tribunals schon lange die Forderung nach Aussetzung des Verfahrens und Neugründung des Gerichts hervorgerufen haben. Der Verdacht ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass die NATO-Staaten den Prozess benutzen, nachträglich die immer noch bestrittene Legitimation ihrer Bombardierung Jugoslawiens zu festigen. Ob unter diesen Umständen eine unanfechtbare



Klärung der Tatbestände der Verbrechen unabhängig von der interessierten Propaganda der Tribunalmächte erwartet werden kann, ist sehr zweifelhaft.“<sup>2</sup>

### Der Angeklagte

Nach den ersten Prozesswochen ist jedoch die Feststellung möglich, dass Milosevic es den Nato-Staaten schwer macht, ihre Absichten mit dem Prozess zu erreichen. Seine Verteidigung ist erkennbar darauf angelegt, die Kriegsführung der Nato zu delegitimieren und Anklagepunkte gegen den Nato-Krieg zusammenzutragen.

In seinem ersten Verteidigungsplädoyer griff er die Bombardierung Jugoslawiens an. Gestützt auf den WDR-Dokumentarfilm „Es begann mit einer Lüge“ brachte er das angebliche Massaker an Zivilisten in Racak zur Sprache, das den entscheidenden Vorwand für den Nato-Angriffskrieg geliefert hatte, dessen Nato-offizielle Darstellung jedoch von vielen und mit vielen guten Gründen bestritten wurde. Milosevic machte geltend, dass erst die Nato-Luftangriffe zu Massenvertreibung von Kosovo-Albanern geführt habe. Die Nato habe das Ziel verfolgt, Serbien in die Steinzeit zurückzuwerfen, und dabei Tausende von Zivilisten getötet. Im weiteren Verlauf will Milosevic verantwortliche Politiker der Nato bzw. Nato-Staaten, so Clinton, Blair und den Nato-Generalsekretär, als Zeugen benennen. „Natürlich werden sie

nicht vor dem Gericht erscheinen und auch nicht aussagen“, weiß die *FAZ* (12.2.) Das allerdings könnte womöglich auf die Betreiber des Prozesses zurückfallen und das ganze Verfahren noch mehr in Frage stellen.

Nach der Befragung der ersten Zeugen der Anklage, die Milosevic ins Kreuzverhör nahm – das kann er, weil er keinen offiziellen Verteidiger hat –, schrieb die *Neue Zürcher Zeitung* (26.2.): „Beanstandet wird der schwache Auftritt der bisherigen Zeugen. Entweder waren sie schlecht vorbereitet, wie der kosovo-albanische Politik Bakalli (er verwickelte sich in zahlreiche Widersprüche, konnte

sich, konkret befragt, nicht mehr erinnern oder wusste Behauptetes nur vom Hörensagen – d.Verf.) oder sie stammten aus Gegenden in Kosovo, wo Milosevic sich mit Leichtigkeit auf eine legitime Terrorbekämpfung berufen konnte.“ Eine Niederlage erlitt die Anklage, als sie einen eigenen Ermittlungsbeamten als Zeugen aufrief: Das Gericht lehnte den Zeugen ab. Wäre sich die Anklage ihrer Sache sicher, so einige Kommentare, hätte sie auf ein solches Manöver verzichten können. Was die weiteren zu erwartenden Zeugen der Anklage angeht, scheinen die Kommentatoren der internationalen Medien ebenfalls pessimistisch. „Viel Hoffnung“, verrät die *Neue Zürcher* (26.2.), „dürfte darauf beruhen, dass in den kommenden Monaten noch zu verhaftende Übeltäter ihren ehemaligen Auftraggeber belasten werden.“ Dass das Instrument des Kronzeugen, um das es hier geht, nicht der Wahrheitsfindung dient, hat seine Anwendung in den RAF- und in den Kurdenprozessen vielfach bewiesen.

Am Tag der Prozesseröffnung, dem 12. Februar, schrieb Norman Paech im *Neuen Deutschland*: „Für das Gericht geht es in den folgenden Monaten darum, sich aus dem ihm übergestülpten Netz von Parteilichkeit, Vorverurteilung und politischem Druck zu befreien, um den seit Nürnberg entwickelten Prinzipien einer juristisch einwandfreien Rechtsfindung gerecht zu werden. Sollte ihm das gelingen, bleibt eine letzte Hürde auf dem Weg zu einer fairen internationalen Strafgerichtsbarkeit zu nehmen, die diesen Namen verdient: die Ermittlung und gerichtliche Untersuchung der Kriegsführung der Nato in Jugoslawien. Doch dafür müsste es sich neu konstituieren ohne die alten Geburtsfehler.“

Knapp einen Monat nach Prozessbeginn ist der Ausgang des Verfahrens noch lange nicht entschieden. scc

1 *FAZ*, 12.2.2002; Norman Paech, Sinn und Missbrauch internationaler Gerichtsbarkeit, Vortrag auf einer Tagung in Berlin am 2.3.2002, Quelle: [www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

2 Sinn und Missbrauch ... a.a.O.





Zwischen 200.000 (Polizei) und 400.000 (Veranstalter) Menschen demonstrierten am 10.3. in Barcelona gegen den „nationalen Wasserplan Spaniens“. Der sieht u.a. vor, durch ein 529 km langes Kanalsystem Wasser aus dem Ebro, dem wichtigsten wasserführenden Becken in Spanien, nach Süden umzuleiten. Der Widerstand richtet sich gegen die Folgen für das ökologische Gleichgewicht, gegen die mit dem Wasserplan verbundene Privatisierung der Wasserwirtschaft und gegen die Tatsache, dass das Umleitungsprojekt die Wasserprobleme nicht löst, sondern höchstens verlagert, dass durch die Umleitung nach Süden lediglich das Interesse des Großgrundbesitzes an billigem Wasser befriedigt wird.

## Polen gibt EU-Druck in Sachen Landverkauf nach

Im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen gibt Polen seine Forderung nach langen Übergangsfristen für den Landverkauf an EU-Bürger weitgehend auf. EU-Bürger, die Land gepachtet haben, sollen drei Jahren nach Beginn des Pachtvertrages – also nicht nach EU-Beitritt – das Land kaufen können. Allerdings soll in Westpolen, den ehemals deutschen Gebieten, eine Übergangsfrist von sieben Jahren gelten. Die polnische Regierung befürchtet nicht zu Unrecht, dass ehemalige Grundbesitzer aus Deutschland Ansprüche auf das Land erheben und die polnischen Bauern mit Bargeld zu schnellen Verkäufen drängen könnten.

## Ukraine: EU-Erweiterung wirft ihren Schatten voraus

Der jüngste Plan von Präsident Kutschma sieht vor: Für 2003 strebt die Ukraine die Mitgliedschaft in der Welt Handelsorganisation an, 2004 will sie assoziiertes EU-Mitglied sein, 2007 den Euro einführen und 2011 ein Referendum über den EU-Beitritt abhalten. Der Plan spiegelt vor allem die großen Besorgnisse über die Folgen der EU-Ausdehnung nach Osten wider. Nach der Erweiterung um die gegenwärtigen Kandidaten wird die Ukraine durch eine 1.400 km lange Grenze von der EU getrennt sein. Polen, Ungarn, die Slowakei, Rumänien müssen den Schengen-Vertrag erfüllen und die Visumpflicht einführen. Was das bedeutet, erfahren die Ukrainer, als die Slowakei bereits 2000 dem Schengen-Vertrag beitrug: Die Einreise von Ukrainern in

die Slowakei ging um 80% zurück! Auch Polen will von Juli 2003 an Ukrainer nur noch mit Visum ins Land lassen. 4,4 Mio. Einreisen wurden 2000 registriert – Probleme sind vorprogrammiert. Umfragen weisen aus, dass viele Ukrainer zukünftig nicht mehr nach Westen reisen, weil sie das Geld für ein Visum nicht aufbringen können. Auch zeichnet sich ab, dass der kleine Grenzhandel, im Westen der Ukraine, in der Region um Lwiw (Lemberg) und in den Transkarpaten oft die wichtigste Einnahmequelle, einbrechen wird. Heute suchen zahllose Ukrainer – ca. 1,5 Millionen – in einem der Beitrittsländer Arbeit, meist illegal. So arbeiteten 2000 rund 17.000 Ukrainer mit Arbeitserlaubnis in Tschechien, schätzungsweise 100.000 ohne. Auch diese Möglichkeiten wird durch den EU-Beitritt der westlichen Nachbarländer abgeschnitten.

Außerdem werden die Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und den baltischen Ländern mit deren Beitritt ungültig; man veranschlagt einen Rückgang der Exporte in diese Region um 20%. Alles in allem wird die Abhängigkeit der Ukraine von der EU enorm zunehmen.

## Österreich: Zwangsassimilation oder Vertreibung

Die Regierung hat den Entwurf zur Neuregelung von Zuzug und Aufenthalt von Ausländern vorgelegt, der in den meisten Punkten eine beträchtliche Verschärfung von Ausgrenzung und Diskriminierung bedeutet. Mit einem „Integrationsvertrag“, der die Neuzuwanderer ebenso wie alle Migranten betrifft, die seit 1998 in

Österreich leben, diktiert die Regierung den Besuch eines „Deutsch-Integrationskurses“. Die Kurse sollen mindestens 100 Unterrichtsstunden umfassen und neben der deutschen Sprache auch „Landes- und Staatskunde“ sowie Kenntnisse über Verwaltungsabläufe vermitteln. Die Migranten müssen die Hälfte der Kosten tragen. Wer den Kurs in 18 Monaten nicht absolvieren kann, muss nicht nur 100% der Kurskosten selbst tragen, sondern erhält nach zwei Jahren auch eine Verwaltungsstrafe bis zu 200 und muss drei Jahre nach Erteilung der Erstniederlassungsbewilligung ausgewiesen werden, wenn der Kurs nicht absolviert wurde. Die Zuwanderung soll auf „Schlüsselkräfte“ beschränkt werden. Während den in Österreich niedergelassenen Ausländern fünf Jahre lang eine reguläre Arbeitsaufnahme verweigert wird, sollen zukünftig die Möglichkeiten von Betrieben erweitert werden, Saisonarbeiter für einige Monate anzuheuern, sollen also jährlich Tausende als rechtlose und billige „Kurzzeitarbeiter“ rekrutiert und in allen Branchen einsetzbar sein.

## Proteste von israelischen Behinderten beigelegt

77 Tage und Nächte protestierten Behinderte vor dem Regierungsgebäude für Arbeit und Soziales in Jerusalem. Anfang März wurde ihnen endlich ein Teil ihrer Forderungen zugesprochen und ein Übereinkommen gefunden. Der Protest wurde offiziell beendet, nachdem das Kabinett dem Kompromiss, der bereits letzte Woche gefunden wurde, zustimmte. Etwa 100.000 Behinderte bekommen danach in Zukunft 200 NIS mehr im Monat und erhalten damit 1.050 NIS. Die Regierung muss dafür jährlich 400 Millionen Schekel aufbringen. Mehrere Minister haben bereits bekräftigt, dass sie aus ihrem Budget-Anteil nichts für das Abkommen abtreten werden. Die Finanzierung ist damit noch unsicher. Die Protestierer freuten sich trotzdem über ihren ersten Sieg. Gerade die Tatsache, dass so eine kleine und schwache Minorität ihre Anliegen durchsetzen konnte, sei ein großer Erfolg, sagte Ruth Lahav, Vorsitzende des Kibbutz Behinderten Komitees, Hemed. Für einige ist der Protest jedoch nicht vorbei. Etwa 30 behinderte Demonstranten blieben vor Ort. Sie möchten weiter protestieren, gegen die Weigerung der Regierung, Beit Kessler zu öffnen, eine Einrichtung, die Schwerbehinderten Unterkunft bieten soll, aber seit ihrer Fertigstellung nicht genutzt wird. Minoritäten wie Behinderte haben es besonders in diesen Zeiten schwer in Israel. Krieg und Besatzung verschlingen enorme Gelder, die Inflation galoppiert, darunter leidet die gesamte arbeitende Bevölkerung, vor allem aber jene, die auf Transferleistungen angewiesen sind.

Zusammenstellung: scc

HAMBURG. 1800 Teilnehmerinnen – so groß war die Demonstration zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, schon seit vielen Jahren nicht mehr. Die Demonstration geriet zu einer eindrucksvollen Antwort auf die Absicht des Schwarz-Schill-Senats, in diesem Jahr massenhaft Haushaltsgelder aus dem sozialen Bereich in die Bereiche Innere Sicherheit, Justiz und Verkehr umzuverteilen. Betroffen sind davon zuallererst Frauen- und Mädchenprojekte. So wird den Frauenberatungsstellen BIFF bis 2003 die Hälfte der Mittel gekürzt; Institutionen für die berufliche Bildung und Lebensplanung von jungen Frauen, frauenspezifische Therapieangebote, Bildungsmaßnahmen für Migrantinnen usw.usf. müssen ihre Angebote zukünftig drastisch reduzieren. Für den Widerstand gegen die Kürzungen, gegen die eingeleitete Privatisierungswelle und gegen Repression, der mit einer Demonstration am 16. April, dem Tag vor der letzten Haushaltslesung, einen ersten Höhepunkt erreichen soll, war die Demonstration am 8.3. ein guter Auftakt. *ssc*



## Palästina muss leben! Bundesweite Demonstration am 13. April

BERLIN. Die Vereinigte Palästinensische Gemeinde Berlin-Brandenburg hat verschiedene Gruppen und Personen für ein Solidaritätsbündnis Palästina gewonnen, das eine breite Kampagne starten will unter der Losung: „Schluss mit der Besatzung! Solidarität mit dem palästinensischen Volk!“ Am 16. März findet eine Kundgebung in Berlin statt, beim Ostermarsch soll die Kampagne Thema sein, im Vorfeld der Bundestagsdebatte am 17. April wird eine bundesweite Demonstration am 13. April in Berlin geplant, danach weitere Aktionen am 1. Mai. Die Forderungen an die Bundesregierung lauten: Anerkennung des palästinensischen Staats mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt, sofortige Einstellung der Waffenlieferungen an Israel. Von der israelischen Regierung wird verlangt, gemäß den UNO-Resolutionen und entsprechend dem Völkerrecht die Besatzung sofort zu beenden und die Truppen aus den besetzten Gebieten abziehen, die Auflösung der Siedlungen, die Anerkennung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge, die Freilassung der politischen Gefangenen, das Ende der „Liquidierungen“ (der gezielten Ermordung palästinensischer Aktivisten).

*www.gegeninformationsbuero.de*

## Bundesverfassungsgericht urteilt: Abschiebehaft ist rufschädigend

KIEL. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein begrüßt die Mitte Februar veröffentlichte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, dass Abschiebehaft u.U. rufschädigend ist und damit gerichtlich überprüfbar sein muss. Dieser Beschluss gibt drei Beschwerdeführern Recht, die eine gerichtliche Überprüfung der zuvor erlittenen Abschiebehaft einforderten. In den Vorinstanzen war eine gerichtliche Überprüfung erlittener

Abschiebehaft mit dem Argument abgelehnt worden, dass die Abschiebehaft ja längst wieder aufgehoben sei. Diese Argumentation wird vom BVerfG zurückgewiesen, denn „bei der Freiheitsentziehung kann es hierauf ...nicht entscheidend ankommen. Die Inhaftierung einer Person ist ein schwerwiegender Eingriff in das besonders hochrangige Grundrecht aus Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG.“ Der Inhaftierte würde u.U. schon allein deshalb diskriminiert, weil „die staatlich angeordnete Freiheitsentziehung stets vermuten (lässt), dass der Betroffene sich rechtswidrig verhalten hat oder zu verhalten beabsichtigt“.

*www.frsh.de*

## Der Protest Freier Träger gegen Kürzungen war nicht umsonst

MANNHEIM. Einige Einrichtungen haben am 21. Februar sogar dicht gemacht, um „unbezahlte Überstunden abzufeiern“ oder um auf ihre Notlage aufmerksam zu machen. Am Protest- oder „Schließ“tag gegenüber dem Stadthaus in N1 (Bild)



beteiligten sich ca. 250 bis 300 Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche. Gegen 14 Uhr statteten sie dem gleichzeitig tagenden Jugendhilfeausschuss ein Besuch ab, was bei den Mitgliedern dieses städtischen Gremiums ob der Masse sichtbaren Eindruck hinterließ. Um 15 Uhr marschierte eine Delegation Richtung Rathaus, um die von 36 Einrichtungen unterzeichnete Protestnote gegen den geplanten Sozialabbau zu überreichen. Das „Aktionsbündnis Freier Träger“ war erfolgreich. Die im Doppelhaushalt 2002/2003 beabsichtigten Zuschusskürzungen im Bereich sozialer Arbeit in Höhe von 1,5 Millionen Euro konnten zumindest vorläufig abgewehrt werden. *Kommunal-Info Mannheim*

## Freier Raum für Kultur von unten – Kundgebung in Stuttgarter Zentrum

STUTTGART. 800 Leute forderten mit Hip-Hop und politischen Reden den Erhalt der Hall of Frame – kein Abriss ohne besseren Ersatz, freien Raum für Kultur von unten und Jugendkultur ohne staatliche Überwachung. Die Aktion von wi! (Widerstand international) wurde unterstützt von der Gewerkschaft ver.di und der Sozialistischen Alternative (SAV). Mit den gesammelten Unterschriften setzen sich bisher insgesamt knapp 1500 Leute zusammen mit wi! für eine Politik im Interesse der Menschen statt für Prestigeobjekte wie den Galerieklotz ein. wi! will daher in den nächsten Wochen weiter Druck machen für einen besseren Ersatz der Hall of Frame und gegen eine Politik der Illegalisierung und Kriminalisierung. *Kommunale Berichte Stuttgart Nr. 5/200*



## Aktionstag am 16. März: „Licht an! Das Volk ist kein Gespenst“

FRANKFURT A.M. In den kommenden Wochen wird die rot-grüne Koalition in Berlin ein Gesetz für bundesweite Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide vorlegen. Nur die Abgeordneten von CDU/CSU stellen sich noch quer. Ihre Stimmen werden jedoch für die erforderliche Änderung des Grundgesetzes benötigt. Das 81 Verbände umfassende Bündnis „Menschen für Volksabstimmung“ fordert die Union auf, ihren Widerstand gegen die direkte Demokratie aufzugeben. Am 16. März lädt es Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU zum öffentlichen Gespräch ein. Claudine Nierth, Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie, erläutert: „Es gibt keinen Grund mehr, den Bürgern den Volksentscheid vorzuenthalten. Bei Licht besehen zeigen die Erfahrungen mit der direkten Demokratie auf kommunaler und auf Landesebene: Alle Ängste vor dem Volk haben sich als unbegründet erwiesen. Wir fordern die Union auf: Treten Sie aus dem Schatten der Angst. Beenden Sie die Gespensterdebatte.“

Die Aktion wird in 45 Städten stattfinden. U.a. in Berlin, Bremen, Dresden, Frankfurt, Hamburg, Karlsruhe, Leipzig, Mainz, München, Nürnberg, Schwerin, Stuttgart, Wiesbaden und Würzburg.

[www.volksabstimmung.org/bu/va](http://www.volksabstimmung.org/bu/va)

## NPD hat in 5 Städten wieder Kundgebungen am 1. Mai angemeldet

GÖTTINGEN. In fünf Städten in Deutschland hat die NPD am 1. Mai 2002 Kundgebungen angemeldet, darunter auch in Göttingen. Bis zu 700 NPDler sind angekündigt, das Motto lautet „Soziale und nationale Gerechtigkeit durchsetzen“. Anmelder ist die Bundes-NPD durch ihren Bundesgeschäftsführer. Auf den Internet-Seiten der Göttinger NPD wird bereits jetzt für die Kundgebung geworben.

Die Stadt Göttingen hat ein Verbot der NPD-Kundgebung angekündigt. Nach den Erfahrungen vom 16.06.2001 ist es allerdings unsicher, ob dieses Verbot vor den Gerichten Bestand haben wird. Damals hatte die Verwaltungsgerichte Göttingen und Lüneburg die städtische Verbotsverfügung gekippt und der NPD so zu ihrem ersten Auftritt in Göttingen seit über 10 Jahren verholfen.

Im „Forum gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit“, das bereits bei den früheren NPD-Anmeldungen Gegenaktivitäten plante, wurde über Reaktionen auf die erneute Anmeldung bereits diskutiert. Gegenüber dem „Tageblatt“ signalisierten auch die evang. Kirche, die Jüdische Gemeinde und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit ihre Bereitschaft, sich an antifaschistischen Protesten zu beteiligen. Seitens des DGB wurden am 13. Februar im DGB-Maiausschuss erste Über-

legungen angestellt, wie an diesem Tag reagiert werden soll. Der 1. Mai dieses Jahr stellt aufgrund der Demo-Anmeldung der NPD eine besondere Provokation und Herausforderung für die Gewerkschaften dar. Eine grundlegende Änderung an dem bisherigen Konzept der 1.Mai-Veranstaltungen (Auftakt DGB-Haus, Demonstration zum Alten Rathaus, dort Kundgebung und Fest) wurde einhellig abgelehnt. Die NPD soll nicht dadurch aufgewertet werden, dass der DGB auf seine traditionelle 1. Mai-Veranstaltung verzichte. Die Maidemonstration und Kundgebung müsse aber, beschloss der Maiausschuss, einen deutlich antifaschistischen Charakter tragen, ohne dass dabei die zentralen gewerkschaftlichen Themen wie die Tarifauseinandersetzung der IG Metall, die Globalisierung o.ä. in den Hintergrund rücken. Das anschließende Maifest soll ausgeweitet werden, etwa nach dem Motto: „Bunte Vielfalt statt brauner Eintönigkeit!“.

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

## Köln-Chorweiler bereitet Nazis wie Rouhs gebührenden Empfang

KÖLN. Wenn am Samstag in Chorweiler eins klar geworden ist, dann dass die Nazis um Rouhs und Konsorten in diesem Stadtteil unerwünscht waren. (Bild) Ob es die Leute waren, die nicht auf dem Markt einkaufen konnten oder die dort nicht arbeiten konnten, ob es der Pfarrer oder die Leute aus den OTs waren, ob ältere Damen oder junge Mädchen, alle fragten: Was wollen die hier? Wieso wird das hier genehmigt? Wissen die denn nicht, dass hier 50% Ausländer wohnen, die nichts von ihnen hören wollen? Von 14 bis 18 Uhr wichen die Leute nicht von den Balkonen. Auf einigen bis zu 10. Die Antifa-Gruppen von Köln und Umgebung waren auch ausgezeichnet vertreten, aber sie blieben bis zuletzt in der Minderheit.

Es dauerte über eine Stunde, bis die Polizei die Nazis aus dem Loch der S-Bahn-Station herausließ. Und das Infame war, dass die Polizei genau wusste,

welche Provokation dies gegenüber den Gegendemonstranten darstellte. Anstatt angesichts der aufgebracht Menge die Nazis irgendwo auf die grüne Wiese zu karren oder auf das Dach des Verfassungsschutzes, nutzten sie deren Aufmarsch zu einer Strafexpedition gegen Chorweiler Jugendliche und organisierte Antifas.

Aber trotz der wütenden „Grünen“, der Protest wurde nicht im Geringsten gemindert. Bis zum Einsammeln der ca. 50 Braunen zurück in das Loch der S-Bahn blieben die Leute vor Ort. Man muss einfach sagen, wie sich Chorweiler an diesem Tag präsentiert hat, mit welchem Stadteilbewusstsein, mit welcher Geschlossenheit, das schafft kein anderer Kölner Stadtteil mehr. *p.b. n*

## Aktionsberatung der Friedensbewegung am 17. März in Kassel

KASSEL. In den letzten Tage häufen sich Besorgnis erregende Nachrichten über die weitere Kriegsplanung der USA sowie über die Eskalation der Gewalt im israelisch-palästinensischen Konflikt. Am 23. Mai will US-Präsident George Bush nach Berlin kommen.

Nötig sind: 1. eine breite gesellschaftliche Mobilisierung gegen die Fortsetzung des US-Feldzuges gegen die „Achse des Bösen“ und 2. eine breite Diskussion über die politischen Wege, die aus der Gewaltspirale im Nahen Osten herausführen können. Um über konkrete gemeinsame Aktionsziele sprechen zu können, lädt der Bundesausschuss Friedensratschlag zu einer Aktionsberatung der Friedensbewegung ein: am Sonntag, den 17. März von 12 bis 17 Uhr in Kassel, Gewerkschaftshaus, Spohrstr. 6 (Stadtmitte, Nähe Königsplatz). Zu dieser Beratung werden zahlreiche Vertreter/innen bundesweiter Friedensorganisationen und lokaler sowie regionaler Friedensinitiativen aus dem ganzen Land erwartet. [www.uni-kassel.de/fb10/frieden](http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden) Informationen über die Ostermärsche gibt es unter: [www.ostermarsch.info](http://www.ostermarsch.info)



Bild: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)



# Bundesweiter „Runder Tisch“ der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen

Am 2./3. März fand in Dresden die Konferenz der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen – „Runder Tisch“ statt. Das Motto der bundesweiten Tagung: **Sicherheit Erwerbsloser und SozialhilfebezieherInnen – Strategien gegen Armut und Ausgrenzung.** Die Aufgabenstellung dieses Treffens war, zunächst die Situation der Erwerbslosenbewegung und der Erwerbslosenproteste zu diskutieren und dann die Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auch im europäischen Kontext zu analysieren. In der Diskussion sollten vor allem die jeweiligen Einschätzungen und die potentiellen Übereinstimmungen der verschiedenen Zusammenschlüsse ausgelotet werden. Das Ziel war eine Klärung der Möglichkeiten für einen wirksamen, gemeinsam von allen Organisationen getragenen Erwerbslosenprotest gegen die gegenwärtige neoliberale Politik.

## Zusammenfassung der Ergebnisse

a. Die das Mobilisierungspotential von Erwerbslosen und SozialhilfebezieherInnen wurde in den Stellungnahmen der Organisationen eher als gering eingeschätzt. Dennoch gab es eine weitreichende Übereinstimmung, dass aufgrund der Gemeinsamkeiten in der Analyse, der politischen Arbeit und den ähnlichen Zielsetzungen der Verbände und BAGs eine Verbesserung der Zusammenarbeit möglich und wünschenswert sei. Gerade jetzt im Wahljahr müsse zu gemeinsamen Formen des Protestes gegen die rot-grüne Aktivierungs- und Kürzungspolitik gefunden werden, so der Tenor der Beiträge.

b. Zwei Arbeitsgruppen setzten sich mit den Themen Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und Niedriglohn/Kombilohn auseinander. Hier ging es vor allem darum, die arbeits- und sozialpolitischen Tendenzen in Deutschland und Europa sowie die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Kommunen und Erwerbslose/SozialhilfebezieherInnen einzuschätzen. Wenn möglich sollte in der Diskussion noch auf das Verhalten der Kommunen gegenüber den Initiativen und die Situation auf den Ämtern eingegangen werden. In diesen AGs gab es keine grundlegenden Differenzen in der Diskussion. Es wurde vorgeschlagen, dass der „Runde Tisch“ sich weiterhin den Themen widmen soll. Zur Abschaffung der Alhi wurde eine gemeinsame Kampagne aller Organisationen noch im diesem Sommer vorgeschlagen. Die dritte Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit dem nationalen Aktionsplan Eingliederung und außerdem mit den Möglichkeiten einer optimierten Kooperation im Rahmen des „Runden Tisches“.

c. In der abschließenden „Strategiediskussion“ wurde beschlossen, die Arbeit

des „Runden Tisches“ aufzuwerten. Alle Organisationen sollen intensiver zusammenarbeiten, das Gremium soll weitere Zusammenschlüsse in die Arbeit mit einbinden und sich auch um Bündnispartner (z.B. Attac, Gewerkschaftslinken) kümmern. Schließlich wurde der „Runde Tisch“ mit der Vorbereitung konkreter gemeinsamer Protestformen beauftragt:

- Eine gemeinsame Kampagne aller Organisationen gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe ist für den Sommer geplant.

- Vor den Bundestagswahlen im September sollen (wollen) alle Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen gemeinsam mit Bündnispartnern zu einem Aktionstag (Großdemonstration) mobilisieren.

- Außerdem sollen alle Initiativen und Gruppen am ersten Mai verstärkt für unsere gemeinsame Forderungen (s. Abschlusserklärung) eintreten.

(Kurzzusammenfassung Frank Jäger)

## 2. Dresdner Erklärung der Konferenz des Runden Tisches der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen

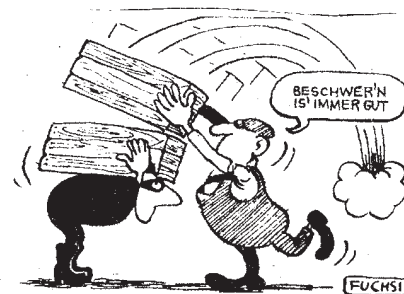
### Hände weg von der Arbeitslosenhilfe!

### Arbeit und Einkommen gerecht verteilen! Soziale Rechte und Demokratie sichern!

#### Was ist

Die „Arbeitsmarktpolitik“ der jetzigen wie der vorangegangenen Bundesregierungen ist gescheitert. Trotz immer wieder neuer Anläufe, Erwerbslose in schlecht bezahlte und ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu drängen, hat die Zahl der offiziell registrierten Erwerbslosen in diesem Winter die 4-Millionengrenze erneut überschritten. Tat-

sächlich fehlen nach Schätzungen der Gewerkschaften über 6 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland. Nach minimalen anfänglichen Verbesserungen hat die Regierung Schröder an die Politik der Regierung Kohl angeknüpft und ihre Gangart verschärft. Das Schröder-Blair-Papier war das Signal für eine kompromisslos neoliberale Ausrichtung. Die Bundesregierung begnügt sich nicht mehr mit einzelnen Einschnitten ins soziale Netz und Leistungskürzungen. Sie ist dabei, den deutschen Sozialstaat zur Disposition zu stellen. Wir haben bekommen: den Einstieg in



Diese Politik liegt auf der Linie der Unternehmerforderungen. „Die deutsche Sozialhilfe verhindert die Schaffung neuer Jobs“, lautet seit langem ein Kernspruch der Arbeitgeberverbände. Sie führen einen Globalangriff auf Erwerbslose, Sozialhilfebezieher und abhängig Beschäftigte: Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, Abschaffung

der Arbeitslosenhilfe, Senkung des Regelsatzes der Sozialhilfe und Aushebelung des Bedarfsdeckungsprinzips, Schaffung eines Niedriglohnssektors, in dem die unteren Löhne und Gehälter entsprechend EU-Vorgaben um 30% gesenkt werden, Aushebelung des Flächentarifs, Befristung der Beschäftigungsverhältnisse, Aushebelung des Kündigungsschutzes, Privatisierung der Alters- und Gesundheitsversorgung, Privatisierung der Arbeitsvermittlung. Alle diese Elemente bilden einen globalen Zusammenhang und können nicht einzeln betrachtet werden. Dahinter steht ein einziges Ziel: eine hohe Kapitalrendite bei amerikanischen Arbeitsbedingungen.

Es gibt in Deutschland heute gewerkschafts- und tarifvertragsfreie Betriebe – in Ostdeutschland dominieren sie; KollegInnen, die sich für den Aufbau einer betrieblichen oder gewerkschaftlichen Interessenvertretung stark machen, werden entlassen. Erwerbslose werden als Faulenzer diffamiert.

Diese Politik schafft keinen einzigen existenzsichernden Arbeitsplatz. Ihr ganzer Sinn besteht darin, Erwerbslose und Sozialhilfebeziehende aus dem Leistungsbezug zu drängen und das aus Steuern und Beiträgen erworbenen Recht auf soziale Absicherung abzuschaffen. Dafür werden sie gezwungen, Arbeiten zu erbärmlichsten Bedingungen anzunehmen. Immer mehr Menschen treibt man so in die Armut; die Reichen werden immer reicher, der Entsolidarisierung wird das Wort geredet.

Diese Politik hat System. Sie folgt dem Dogma, dass der Staat für die Schaffung von Arbeitsplätzen keine Verantwortung tragen darf. Dies sei ausschließlich Aufgabe des Marktes. Deshalb werden Kapitalbesitzern alle erdenklichen steuerlichen Erleichterungen zugeschoben, die Kassen der Sozialversicherungen geplündert, die sozialen Leistungen gekürzt und öffentliche Einrichtungen privatisiert. Bund, Länder und Gemeinden verschulden sich, um Unternehmen zu subventionieren, die Gewinne machen. Und dann wird den öffentlichen Haushalten Sparen verordnet, damit sie wieder ins Lot kommen.

„Die (privaten) Gewinne von heute sind die Arbeitsplätze von morgen“, lautet die neoliberale Doktrin. Das ist ein Märchen. Der Kampf um Marktanteile und Wettbewerbsvorteile verdrängt die lebendige Arbeit aus dem Produktionsprozess und den Dienstleistungsbereichen und forciert die Produktivitätssteigerung. Ökonomen weisen seit langem nach, dass es eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 7% bedürfte, um annähernd wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Bei der derzeitigen weltweiten Überproduktion ist das völlig illusorisch. Die Doktrin ist jedoch das Credo der EU, vielfach dargelegt in den Großen Wirtschaftspolitischen Orientierungen der Wirtschafts- und Finanzminister, die darüber bestimmen, wo es lang geht.

## BUNDESTAGSWAHL 2002 SOZIALSTAAT CANCELED

[www.bag-shi.de/opposition.html](http://www.bag-shi.de/opposition.html) – Internetseite von Sozialhilfeinitiativen zur Bundestagswahl 2002.

Ein Vielzahl von Veränderungen steht im sozialen Bereich bevor – jede für sich gesehen lässt das gesamte Ausmaß nicht erkennen. Für im sozialen Bereich Aktive ergibt sich jetzt ein verstärkter Handlungsbedarf – vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass zumindest in sozialen und arbeitsmarktpolitischen Fragen ein weitgehender Konsens zwischen allen alten Parteien des jetzigen Bundestages besteht, insofern gibt es keine Opposition. Des weiteren werden auf Grund der bevorstehenden Reaktionen auf die jüngsten Terroranschläge Änderungen im sozialen Bereich keine Diskussionen auslösen und die Öffentlichkeit wird kaum darüber informiert!

Schon einige Punkte zeigen die Richtung der Demontage an: Laut Arbeitsminister Riester wird 2004 die Arbeitslosenhilfe abgeschafft im Sinne einer „Zusammenlegung“ mit der Sozialhilfe. Doch vorab kommt es schon zu einer Vielzahl von Veränderungen – die Weichenstellung für den Abbau des Sozialstaates erfolgt jetzt! Die Bundestagswahl leitet dann eine neue Epoche der Armut ein und verhindert eine selbstbestimmte Lebensführung. Dies ist schon an einigen Beispielen zu erkennen:

Die Pläne zur Senkung der Arbeitslosenzahl schafft nur ein Heer von arbeitenden Armen. Die „Faulenzerdebatte“ hat hierfür den Boden vorbereitet. Kombi-Lohn-Modelle schaffen nur soweit Arbeitsplätze, als diese nachfragebedingt grundsätzlich schon in Frage kommen – ein gesetzlicher Mindestlohn und eine Bestimmung, nicht unter Tarifentlohnung Arbeit anzubieten wäre der andere Weg. *Altersarmut* wird verstärkt auftreten – daran wird auch eine Altersgrundsicherung nichts ändern, die nach den jetzigen Plänen nur eine reduzierte Sozialhilfe ergeben würde. Und eine bedarfsorientierte Grundsicherung werden wir über die Parteien nicht erreichen können. *Kinderarmut* wird verstärkt: wenn z.B. BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe zukünftig nur noch Sozialhilfe erhalten, wird diesen das bisherige Kindergeld weggenommen, was eindeutig auf Kosten der Kinder geht. Und überlassen wir unsere Gesundheit nicht den Interessen der Pharma-Lobbyisten. Wir wollen den Sozialabbau nicht.

*Problematik gemeinsam bekämpfen – den Weg zu einer neuen Solidargemeinschaft finden!* – Auf der Internetseite bringen wir eine Materialsammlung zu diesem Thema mit Gesetzestexten, Bundestagsanträgen, Stellungnahmen diverser Verbände, Gewerkschaften, Vereine, Parteien usw., Pressemitteilungen, Mozart-Projekte und weiterführendes Material

### „So nicht, Herr Gerster!“

Erwerbslose empfinden es als grotesk, wenn ausgerechnet Norbert Blüm in der Talkshow „Sabine Christiansen“ dem designierten BA-Chef Gerster erklären muss, warum es geradezu unanständig ist, älteren Arbeitslosen das Geld zu kürzen. Danke, Nobbi, mögen viele Betroffene ihm zugerufen haben. Gleichzeitig drängt sich die Frage auf, wieso Erwerbslose und ihre Vertreter an der öffentlichen Diskussion um Arbeitslosigkeit, Arbeitslosengeld- und -hilfe, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsvermittlung nicht beteiligt werden?

„Gerade Herrn Gerster täte es gewiß gut, wenn er einen Tag lang mit Erwerbslosen und Mitarbeitern von Arbeitslosenberatungsstellen in Klausur gehen würde“, findet Angelika Beier von der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen. Wenn er noch ein Fünkchen soziales Gewissen habe, würde ihm sehr schnell klar werden, dass man Arbeitslose, die Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, nach 12 Monaten erfolgloser Arbeitsuche nicht in die Arbeitslosenhilfe schicken kann, erst recht nicht in die Sozialhilfe. Denn das würde bedeuten, dass die oftmals hart erarbeiteten

ten Früchte des Erwerbslebens in Form angesparter Rücklagen fürs Alter auch noch verloren gingen. Wie dies die Chancen älterer Arbeitsloser auf dem Arbeitsmarkt erhöhen solle, könne Gerster wohl kaum erklären.

Aus Ärger über fehlende O-Töne Erwerbsloser in den Medien schrieb das Soziale Netzwerk ARCA e.V. (Eschwege) einen Offenen Brief an die Fernsehsender. Der Brief weist die Redaktionen darauf hin, dass es in Deutschland zahlreiche und kompetente Fürsprecher für Erwerbslose gebe, die das Thema aus der Sicht der Betroffenen engagiert und zugleich sach- und fachkundig beleuchten können. Wörtlich: „Es sollte langsam Schluss damit sein, dass die Bevölkerung immer nur die unwahren, polemischen Sprüche von viel redenden, aber nichts sagenden Politikern, von satten Arbeitgebern, heuchlerischen Funktionären und manchen uninformatierten Moderatoren über Erwerbslose zu hören bekommt – lasst uns Erwerbslose endlich mitreden, wenn über uns geredet wird.“

**AnsprechpartnerInnen** in den über 1000 lokalen und überregionalen Arbeitslosenzentren und Beratungsstellen bietet die Datenbank der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen unter [www.erwerbslos.de](http://www.erwerbslos.de).

## → Was wir wollen

Ob erwerbslos, Sozialhilfe beziehend, abhängig beschäftigt, Auszubildende, obdachlos oder Asylbewerber/in – wir sitzen alle in einem Boot. Gegen einen globalen Angriff hilft nur ein gemeinsames globales Gegenkonzept. Wir, der Runde Tisch der Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden, bieten den Gewerkschaften, den Beschäftigten auf den Arbeits- und Sozialämtern, den Initiativen der Obdachlosen und Flüchtlinge, den Wohlfahrtsverbänden und Kirchen, den Jugendlichen und Auszubildenden, der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung und allen Menschen, die mit uns gemeinsam Erwerbslosigkeit und Armut bekämpfen wollen, an, über ein Gegenkonzept zu diskutieren, das auf Solidarität statt Konkurrenz basiert. Daraus wollen wir gemeinsame Handlungsperspektiven gewinnen. Wir wollen isolierte Abwehrkämpfe gegen Lohn- und Sozialraub überwinden und einen öffentlichen Diskurs über mögliche Alternativen anstoßen. Wir lassen uns von der Losung leiten, die über dem Weltsozialforum in Porto Alegre stand: Eine andere Welt ist möglich. Es liegt an uns, sie zu definieren und zu erstreiten.

Als Erwerbslose und Sozialhilfebeziehende bringen wir in diese Debatte einen Standpunkt ein, der darauf besteht, dass wir soziale Rechte haben:

- Wir fordern die Rücknahme von Leistungskürzungen, die Erwerbslose und Sozialhilfebeziehende in Armut drängen. Keine Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, keine Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, keine Kürzungen bei der Sozialhilfe! Wir lehnen die öffentliche Förderung unzumutbarer prekärer Beschäftigungsverhältnisse insbesondere im Niedriglohnbereich ab und erwarten die Rücknahme aller Disziplinierungsinstrumente gegen Erwerbslose und Sozialhilfebeziehende. Berufsschutz und erworbene Einkommensansprüche müssen rechtlich geschützt werden.
- Wir fordern tarifliche, existenzsichernde und armutsfeste Arbeitsplätze entsprechend unserer Qualifikation zur Gestaltung eines menschenwürdigen, selbstbestimmten Lebens. Das schließt das Recht auf aktive und umfassende Teilhabe der Einzelnen in allen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung wie Wohnen, Kultur, Ausbildung, Politik und berufliche Perspektiven ein.
- Wir fordern eine bedarfsorientierte Grundsicherung für alle, die keinen existenzsichernden Arbeitsplatz haben, in Höhe von 800 Euro + Warmmiete + . Sie muß Grundlage für die gesetzliche Festlegung von Mindestlohn und Mindestrente sein.
- Wir fordern die Anerkennung und nötigenfalls Entlohnung unserer gesellschaftlich notwendigen Arbeit in den Bereichen Hilfe zur Selbsthilfe, Arbeitslosigkeit und Armut, Familienarbeit, Pflege, Kindererziehung und Nachbarschaftshilfe, Kultur und Politik. Keine



Ersetzung von Erwerbsarbeitsplätzen durch Ehrenamt!

- Wir fordern den Ausbau und die öffentliche Förderung gemeinwohlorientierter Arbeitsplätze und die staatliche Unterstützung für von uns entwickelte soziale und Beschäftigungsprojekte.

Die notwendige Umverteilung von Arbeit ist sofort durch Modelle zur Arbeitszeitverkürzung und den drastischen Abbau der Überstunden umzusetzen.

Große Gewinne und Vermögen müssen zur Finanzierung herangezogen werden.

### Was tun

„Wenn ich die Arbeitslosigkeit in meiner Amtszeit nicht auf die Hälfte reduzieren kann, verdiene ich nicht wiedergewählt zu werden“, hat Bundeskanzler Schröder vor vier Jahren verkündet. Das sehen wir genauso. Wir sehen auch, dass die konservative und liberale Opposition, die jetzt auf seinem Scheitern versucht, ihr Wahlsüppchen zu kochen, keine anderen Rezepte vorzuweisen hat, nur solche, die mehr Repression und Abbau sozialer und demokratischer Rechte beinhalten.

Scheinbar gibt es keine Alternative. Eine Regierung, die sich nicht dem Terror der Ökonomie beugen würde, ist derzeit nicht in Sicht. Die Gesellschaft wird dadurch gelähmt. Wir haben nur einen Ausweg: Wir müssen selber die Fantasie und den Mut entwickeln, Alternativen zu entwerfen. Gesellschaftlicher Druck, Protest, Solidarität von unten vermögen mehr, als viele von uns glauben – Seattle und Genua stehen dafür. Der Ruf: „Aufstehen für eine andere Politik“ ist nach wie vor aktuell. Es braucht wieder soziale Bewegung in Deutschland.

Wir rufen deshalb zu einem gesellschaftlichen Bündnis für Arbeit, Einkommen und Menschenwürde auf. Ein solches Bündnis muss sichtbar werden in dem bundesweiten und zentralen Aktionstag am 14. September, zu dem Attac und die dgb-jugend einladen. Wir erwarten, dass sich dieses Bündnis einbringt in das Europäische Sozialforum Ende des Jahres in Italien und hoffen, dass sich daraus auch in Deutschland ein Gesell-

schaftliches Forum entwickeln wird, das neue Energien für Widerstand und Alternativen freisetzt. Wir wollen diese in einer europäischen Perspektive entwickeln – gerade im Hinblick auf die EU-Osterweiterung, weil wir überzeugt sind, dass gesellschaftliche Alternativen nur dann machbar sind und nicht auf Kosten anderer Völker gehen, wenn sie im europäischen und internationalen Rahmen entwickelt werden.

Unser Ausgangspunkt ist eine bundesweite Kampagne für den Erhalt der Arbeitslosenhilfe. Wir wollen sie zusammen mit Bündnispartnern gestalten.

Die Runde Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen hat auf seiner Konferenz in Dresden dazu folgenden Stufenplan beschlossen:

- Heraus zum 1. Mai!
- Zentrale Protestaktion anlässlich des DGB-Bundeskongresses in Berlin, 27.-31. Mai
- Bundesweiter dezentraler Aktionstag aller Erwerbslosen und Sozialhilfeinitiativen (der Termin wird noch festgelegt)
- Beteiligung an und aktive Mitgestaltung des zentralen Aktionstags in Köln am 14. September.

Dresden, den 3. März 2002

Am Runden Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen arbeiten mit: der Arbeitslosenverband Deutschland (ALV), die Bundesarbeitsgemeinschaft der unabhängigen Erwerbsloseninitiativen (BAG-E), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI), die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung, die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen sowie die Landeskoordinationen der Erwerbslosengruppen.

[www.bag-erwerbslose.de](http://www.bag-erwerbslose.de)



## Sammlung für „arme“ Nord/LB. BRAUNSCHWEIG.

Unter dem Namen „Förderverein der Nord/LB“ sammelte eine Aktionsgruppe der *Sozialistischen Jugend – Die Falken* Spenden für die Nord LB. Bei einem Infostand auf dem Kohlmarkt versuchten sie, auf das Haushaltsdefizit der Stadt Braunschweig und die damit verbunden Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich aufmerksam zu machen. „Ursache hierfür ist unter anderem, dass große Unternehmen wie die Norddeutsche Landesbank dank umfangreicher Abschreibungsmöglichkeiten als Gewerbesteuerzahler der Stadt ausfallen“ so Hauke Trustorff, einer der Aktivisten. Im Falle der Nord/LB wäre ihre Beteiligung an der in die Krise geratene Berliner Bankengesellschaft der Grund für die Abschreibung. Um diesen Umstand karikativ in der Öffentlichkeit darzustellen, forderte die Gruppe Passanten dazu auf, für die Nord/LB zu spenden, damit sie über genügend Finanzkraft verfüge, um wieder Steuern an die Stadt abführen zu können. Die angesprochenen Menschen reagierten unterschiedlich; einige spendeten kleine Beträge, andere weigerten sich, ein reiches Unternehmen zusätzlich finanziell zu unterstützen. Insgesamt kamen 21,38 Euro zusammen. Die sollten am Ende der Aktion feierlich mit Sektempfang in der Nord/LB Filiale in der Dankwartstraße überreicht werden. Dort erwartete ein erregter Filialleiter die Gruppe. Sie betriebe Rufschädigung des Unternehmens. Eine verunsicherte Kundin sei in die Bank gekommen und habe ihr gesamtes Guthaben abheben wollen. Sie habe aufgrund der Aktion Angst gehabt, die Nord/LB stehe am Rande einer Pleite. Die Nord/LB erstatte Anzeige wegen Rufschädigung gegen die beteiligten Personen. Die Aktivisten hatten mit einer solchen Reaktion nicht gerechnet und äußerten sich betroffen.

[www.lebendiges-braunschweig.de](http://www.lebendiges-braunschweig.de)

**Pachtvertrag für den Neonazi-Verein NJB?** ZITTAU. Die Stadtratssitzung am 28.02.2002 im Rathaus Zittau war für die etwa 40 anwesenden Neonazis schnell wieder vorbei. Arnd Voigt, der Zittauer Oberbürgermeister, imponierte mit dem Dringlichkeitsthema B178 (die Verbindung der A4 nach Prag), bevor er den anwesenden Neonazis erst einmal eine Abfuhr erteilen musste. Das Thema Erbbaupachtvertrag und Südstraße 8 müsse noch weiter erörtert werden. Es hätte um so peinlicher angemutet, wenn der Zittauer Stadtrat im Beisammensein von etwa 40 Neonazis einen Erbbaupachtvertrag beschlossen hätte. Die JugendsozialarbeiterInnen des Landkreises Löbau/Zittau, die Ausländerbehörde und einige Zittauer Vereine lehnen ein Miet- oder Pachtverhältnis ab. Die Stadtratsmehrheit von CDU und Freien

Wählern wäre ihm jedenfalls sicher gewesen, doch vielleicht bahnt sich ja doch eine Art Wende im Zittauer Spektakel an. Auch das Argument der Zittauer Nazisahnbefürworter, der NJB hege Antipathien gegen die NPD dürfte gegessen sein. Dass NPD-Veranstaltungen im NJB-Haus Südstraße stattgefunden haben, dass ist genauso Tatsache, wie das Gemeinsame-Sache-Machen der beiden Neonazigruppierungen. Der NJB hat mit seinem Stadtratsbesuch jedenfalls nichts gewonnen, keinen Erbbaupachtvertrag und auch keinerlei Sympathien.

<http://break.at/ostsachsen>

## Urteil: Bürgerbegehren gegen Mobilfunkmasten ist zulässig. NEUKIRCHEN VORM WALD.

Nach einem rund vierjährigen Rechtsstreit muss die niederbayerische Gemeinde Neukirchen im Landkreis Passau ein Bürgerbegehren gegen Mobilfunkmasten zulassen. Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin hat eine Beschwerde der Gemeinde gegen ein Urteil des Bayer. Verwaltungsgesichtshofes zurückgewiesen. 500 Wahlberechtigte der 2100 Einwohner unterzeichneten das Bürgerbegehren, die Gemeinde lehnte jedoch eine Abstimmung ab, da eine juristisch nicht zulässige „Verhinderungsplanung“ von Antennen verlangt werde. Dem widersprachen jetzt die höchsten Gerichte: Das Bürgerbegehren könne „alle Maßnahmen und zulässigen Klagen gegen Mobilfunkantennen“ verlangen, die Kommune müsse aber nicht juristisch einschreiten, wenn es offensichtlich aussichtslos wäre. *Augsburger Allgemeine Ztg.* 9.3.02

**Veranstaltung zum Metrorapid. ESSEN.** Im Gegensatz zu anderen Parteien lehnt die PDS den Metrorapid auf allen Ebenen ab, nicht nur in NRW oder nur in den Kommunen. Es ist absehbar, dass der Bau des Metrorapid aus Mitteln finanziert werden soll, die sonst für den Ausbau des herkömmlichen öffentlichen Nahverkehrs zur Verfügung stehen würden, und ist schlicht und einfach zu teuer. Die Zeitersparnis auf der Strecke Dortmund-Düsseldorf würde je nach Zugart vergleichsweise zwischen 3 und 10 Minuten liegen. Als vor gut 150 Jahren das Eisenbahn-Netz ausgebaut wurde, ging es um eine Verzehnfachung der Transportgeschwindigkeit gegenüber den Pferdewagen. Nur das rechtfertigte den gigantischen Investitionsaufwand. Ebenso absehbar ist, dass es entlang der Trasse zu erheblichen Belastungen kommen wird. Die PDS-Stadtteilgruppe Essen-West will darüber und über Gründe zur Ablehnung des Metrorapid aufklären. Deshalb lädt sie zu einer Veranstaltung 14. März ein. Dabei wird es auch um die Frage gehen, warum das Projekt eigentlich durchgesetzt werden soll.

[www.pds-essen-im-rat.de](http://www.pds-essen-im-rat.de)

Zusammenstellung: baf

Personalräte der BfA in Bayern erklären

## „Zerschlagung der Bundesanstalt für Arbeit ein Angriff auf unseren Sozialstaat“

„Wir, die bayerischen Ver.di-Personalräte in der Arbeitsverwaltung, stellen uns schützend vor unsere Kolleginnen und Kollegen. Die massiven Attacken und unsachlichen Hetzkampagnen gegen unsere Kolleginnen und Kollegen veranlassen uns, einige Dinge klarzustellen.“

Wir, die MitarbeiterInnen in der Bundesanstalt für Arbeit sind nur das ausführende Organ. Die Gesetze, Verordnungen etc. werden an ganz anderer Stelle getroffen. Ausgerechnet die PolitikerInnen, die die BA ständig mit neuen Gesetzen und Aufgaben überziehen werfen uns nun vor, dass wir zu wenig Zeit in unsere Kernaufgaben investieren.

Sie tun so, als ob mehr Vermittler automatisch mehr Arbeitsplätze schaffen könnten. Das Versagen ist hier bei der Politik und in der Wirtschaft zu suchen. Die Wirtschaft sucht angeblich jede Menge Leute, die jung, qualifiziert und „billig“ sind. Im gleichen Atemzug ist sie aber nicht bereit, diese auszubilden. Die Qualifizierung überlässt man dann getrost der BA auf Kosten des Beitragszahlers.

Ältere und schlecht qualifizierte ArbeitnehmerInnen haben in unserem System keine Chance mehr. Auch dieses Klientel interessiert die privaten Vermittler (die es ja längst gibt) nicht. Arbeitsvermittlung ist eine Sozialleistung für alle. Private Vermittler picken sich hier nur die Rosinen (Arbeitslose, an denen man verdienen kann) heraus. Nach den Vorstellungen einiger Politiker wandern die Übrigen zum Sozialamt.

Wir haben in den Arbeitsämtern pro Vermittler nicht nur 30, sondern 600–900 Arbeitslose zu betreuen. Die Betreuung geht aber nur mit einem „Wust“ an Weisungen, die von der Politik vorgegeben werden (z.B. JobAktiv-Gesetz).

Die Aufgaben der Arbeitsverwaltung bestehen nicht nur aus der Arbeitsvermittlung, sondern sind vielfältiger, als sie bisher in der Presse dargestellt wurden. Hier zu nennen sind: Zahlung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe; Insolvenzgeld; Kindergeld; Winterbau; Bekämpfung illegaler Beschäftigung; Rehabilitationsmaßnahmen, Fortbildung-



und Umschulung von Arbeitslosen; Eingliederung von schwervermittelbaren Arbeitslosen und Berufsberatung.

Bernhard Jagoda musste gehen, weil er noch als einer der letzten überzeugten Sozialpolitiker das System und den Auftrag der BA richtig verstanden hat.

Sind die privaten Vermittler das Allheilmittel für den desolaten Arbeitsmarkt aufgrund einer verfehlten Arbeitsmarktpolitik?! Wir brauchen zur Erhaltung unseres Sozialstaates eine starke öffentlich-rechtliche Arbeitsverwaltung. Dass es dabei weiterer Reformen bedarf, leugnen wir nicht. Mit dem Projekt Arbeitsamt 2000 sind wir auf dem richtigen Weg. Bessere Beratung, effizientere Aufgabenerledigung und das Wichtigste: Dienstleistung für die Kunden der Arbeitsämter aus einer Hand.

Wir wehren uns gegen eine Zerschlagung der Bundesanstalt und setzen Hoffnungen in die neue Führung. Wir erwarten von ihr kompetente Unterstützung und Motivation für die Bewältigung unserer sozialen Aufgabe. Schaumschläger fanden zuletzt genügend Gehör!“

#### Kopfgeldjagd: I&C prämiiert Stellenabbau

### Für eine Handvoll Dollar

München, 19.2.02 Nach internen Informationen aus dem Bereich Information & Communication, die dem SIEMENS DIALOG zugingen, bekommen die MitarbeiterInnen des oberen Führungskreises (OFK) Prämien für ihre Anstrengungen beim Personalabbau. Der variable Teil ihrer Jahreszielgehälter, also 40 Prozent der gesamten Bezüge, errechnet sich erfolgsabhängig – und Erfolg ist bekanntlich derzeit eng mit der Reduktion der Mitarbeiterzahlen im jeweiligen Verantwortungsbereich verbunden. Laut „Zielmitteilung Jahresbonus Zielvereinbarung“ für den Kreis der „sonstigen OFK“ basiert der erreichbare Bonus zu 40 Prozent auf dem Geschäftswertbeitrag des Mitarbeiters, 60 Prozent entfallen auf „andere Ziele“ und die „persönliche Zielvereinbarung“. Diese Sparte wiederum setzt sich aus verschiedenen Faktoren mit unterschiedlicher Gewichtung zusammen, darunter die „Kopfzahlreduktion“. Sie schlägt mit satten 20 Prozent zu Buche, ein Wert, der sich je nach den Bezügen eines – in der Regel ohnehin nicht eben schlecht bezahlten – OFK mit einigen tausend Euro übersetzen lässt. Ein Beispiel: Der Zielwert in der Kopfzahlreduktion beträgt – 37; entledigt man sich also dieser Zahl von Mitarbeitern, ist das Ziel zu 100 Prozent erreicht. Nun liegt es in der Natur eines Bonussystems, dass man gesetzte Ziele auch übertreffen kann – um also etwa in diesem Beispiel den Zielwert zu 250 Prozent zu erreichen, muss man laut interner I&C-Tabelle 39,2 (!) Mitarbeiter loswerden. hr



### Internationale Proteste gegen Conti-Werksschließungen:

## Mit der Ostseefähre zur Demo nach Hannover

Hannover, 5.3.02. So titelt die *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 5.3.02 zu den internationalen Protesten von Conti-Beschäftigten gegen Werksschließungen. Und weiter:

„Weltweit mehr als 4.000 Menschen sind von den Werksschließungen betroffen, die der neue Conti-Chef Manfred Wennemer im Dezember 2001 angekündigt hatte. In Europa sollen die Reifenwerke im südschwedischen Gislaved und im österreichischen Traiskirchen bis zum Sommer dicht gemacht werden. Als Grund für die Schließungen nennt Conti Überkapazitäten auf dem Reifenmarkt. In Gislaved leben etwa 10.000 Menschen. Die 1909 gegründete Fabrik hatte Conti vor 10 Jahren übernommen. Dort arbeiten 774 Menschen, fast jeder zehnte Einwohner der Stadt.

Ähnlich ist die Situation im südlich von Wien gelegenen Traiskirchen. Dort hatte Conti 1985 das damalige Semperitstammwerk gekauft. Rund 4.500 Beschäftigte hatte das Werk damals, heute sind es 1.450. Conti sei durchaus bereit, die Werke zu verkaufen, so Konzernsprecher Meurer. Allerdings müssten dafür verschiedene Bedingungen erfüllt sein. Die Markennamen Gislaved und Semperit wolle Conti auf jeden Fall behalten. Ein Käufer müsse die Einhaltung der Sozialpläne bei Gislaved und Traiskirchen garantieren. Und vor allem: „Es darf durch einen Verkauf keine finanziellen Nachteile für uns geben.“

Als die österreichischen Conti-Mitarbeiter mit ihrem symbolischen Leichenzug eintreffen, muss Konzernbetriebsrat Köhler seine Rede für Minuten unterbrechen, so heftig ist der Applaus. Rund 400 Beschäftigte der Conti – davon 100 Beschäftigte aus Hannover – haben am 4.3. vor der Hauptverwaltung gegen die geplanten Schließungen der Conti-Reifen-

werke im schwedischen Gislaved und im österreichischen Traiskirchen demonstriert. „Wir wollen weiter Reifen machen, ganz egal unter welchem Eigentümer, sagt eine der Teilnehmerinnen aus Schweden.“ Gegen Mitternacht setzten sie mit der Fähre von Dänemark über, nach mehr als zwölf Stunden Fahrt kamen sie am Montagmorgen an – müde, hungrig und entschlossen. „Meine Mutter hat mehr als 20 Jahre in dem Werk gearbeitet, so die Schwedin, das ist bei uns Tradition.“ Betriebsratsvorsitzender Kaarle Heino nickt, „Wenn das Werk dicht gemacht wird, hat das die gleiche Wirkung, wie wenn in Hannover auf einen Schlag 50.000 Arbeitsplätze wegfallen würden.“ Er hofft, den Conti-Vorstand zu einem Verkauf zu bewegen. Von einem Handy ertönt die Internationale und die hannoverschen Betriebsräte organisieren schnell noch Extra-Kannen heißen Kaffee. Da kommen die ersten Österreicher mit ihren blauen Semperit-Mützen an. Sie sind mit dem Flugzeug angereist. „Seit die Conti uns 1985 gekauft hat, hat sie in Traiskirchen rund 500 Millionen Euro Gewinn erwirtschaftet, sagt Betriebsrat Alfred Artmayer. Und vergangene Woche wurde bei uns Überstunden angeordnet – die Entscheidung das Werk zu schließen, ist nicht durchdacht.“ Neben ihm steht der Bürgermeister von Traiskirchen. „Die Maschinen aus unserem Werk hat Conti in Portugal wieder aufgestellt und dafür 24 Millionen Euro Fördergelder erhalten“ schimpft er. Der EU-Wettbewerbskommissar Monti will diese Finanzhilfen nun überprüfen. Contisprecher Meurer hält die Vorwürfe allerdings für „Unsinn“. „Nach Portugal ist nur ein sehr kleiner Teil der Anlagen gegangen. Die meisten sind nach Rumänien verlagert worden.“

bee

(Quelle: HAZeitung v. 5.3.02)



Sicher ist sicher?

## ver.di Hannover gegen Rasterfahndung an Universitäten

Hannover, 5.3.2. Seit Februar werden 3200 Studenten vom Landeskriminalamt (LKA) überprüft. Das Landeskriminalamt hat die Hochschulen aufgefordert, die Daten zu übermitteln, häufig ohne Wissen der Betroffenen. Während das Landgericht Berlin die Rasterfahndung für rechtswidrig erklärt und die Löschung der Daten angeordnet hat, weil kein hinreichender Verdacht bestehe. Studenten hatten in Berlin geklagt. Dennoch will man in Niedersachsen an der Überprüfung der Studenten festhalten. Die Rechtsgrundlage, das niedersächsische Gefahrenabwehrgesetz, erlaube eine großzügigere Auslegung des Gefahrenbegriffs als die Berliner Rechtsordnung, so ein Sprecher des Innenministeriums. Während an der Spree ein Anschlag mit Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit unmittelbar bevorstehen müsse, reichten für eine Rasterfahndung in Niedersachsen Tatsachen aus, die einen geplanten Anschlag lediglich „annehmen lassen“ so der Ministeriumssprecher. Einigen Hochschulpräsidenten ist das ganze Verfahren suspekt, weil es Studenten aus 26 Länder unter einen „Generalverdacht“ stelle. Zwar hat auch die Universität Osnabrück Daten von 89 Personen dem LKA übermittelt. In einem persönlichen Schreiben an die Betroffenen hat sich der Universitätspräsident für die „Überreaktion“ der Polizei entschuldigt. Ähnliches berichten die Universitäten Oldenburg und Göttingen. Die 1.149 Studenten, deren Daten die Universität Hannover weitergeleitet hat, wussten dagegen nichts davon. Der Datenschutzbeauftragte des Landes teilt mit, dass es bisher keine Beschwerden von studentischer Seite gegeben hat. Die Arbeitsgruppe, die innerhalb des ver.di Bezirks Region Hannover für Hochschulen zuständig ist, hat besprochen, sich mit diesem Thema zu befassen und die studentischen Vertreterinnen und -ver-

treter mit dem Ziel anzusprechen, dagegen etwas zu unternehmen.

### Rasterfahndung auch bei Stadtwerken

In der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 01.03.02 wird berichtet, dass die bundesweite Rasterfahndung nach mutmaßlichen Terroristen größere Ausmaße hat als bisher vermutet. Die Fahnder suchen nicht nur an Universitäten nach so genannten Schläfern. Auch die Stadtwerke in Osnabrück sollten dem Bundeskriminalamt (BKA) schriftlich Auskunft geben. Das BKA bat um die Daten sämtlicher männlicher Mitarbeiter der Stadtwerke, bestätigte der Unternehmenssprecher P. Horenburg. Betroffenen seien insgesamt 600 Beschäftigte. Bereits im vergangenen Jahr haben sich die Fahnder an die Stadtwerke gewandt. Eine Antwort haben sie allerdings noch nicht erhalten. Die Stadtwerke sehen derzeit keinen Grund, den Schutz der Daten ihrer Mitarbeiter aufzuheben. Im Innenministerium in Hannover hieß es dazu, die Befragung sei eine reine Bundesangelegenheit. Das Landeskriminalamt war nach Auskunft des Sprechers von der Aktion informiert. Für die Rasterfahndung in Niedersachsen habe man sich aber lediglich an die Universitäten und Fachhochschulen gewandt und um Auskunft geben. Die Landtagsabgeordnete der Grünen, Stokar, glaubt, dass bundesweit die gesamte männliche Bevölkerung im terrorismusfähigen Alter „durchrastert“ werde. „Ich lehne die Rasterfahndung zwar nicht grundsätzlich ab“, so die Grünenvertreterin, „aber hier muss handwerklich sauber gearbeitet werden – und das ist derzeit nicht der Fall.“ Ihres Wissens nach seien auch Krankenkassen und Energieunternehmen um freiwillige Auskünfte gebeten worden. „Aber offiziell herrscht großes Schweigen“ so die Grünensprecherin.

(bee)

**BDI bewertet rot-grüne Arbeitsmarktpolitik mit „ungenügend“.** – FAZ, Freitag 1.3.2002. – BDI-Präsident M. Rogowski: „Wer nur auf die Konjunktur vertraut, wird Schiffbruch erleiden. „Es gehe zwar aufwärts, aber nur sehr verhalten und kaum so stark, dass die Arbeitslosigkeit nennenswert sinke. Damit neue Arbeitsplätze entstehen, werde mehr Wachstum und weniger Bürokratie gebraucht. Die Probleme mit der Sozialversicherung seien nicht einmal im Ansatz gelöst. Ein Subventionsbegrenzungs-gesetz müsse geschaffen werden. Die Senkung der Steuern für Kapitalgesellschaften sei zwar ein wichtiger Schritt, Tatsache sei aber, dass Deutschland auch nach der Reform ein Hochsteuerland sei. Eine Reform der Gewerbesteuer sei nun nötig.

**Persönlichkeitsrechte der Vorstände in Gefahr?** – HB, Montag 4.3.2002. – Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank und von Daimler-Chrysler, Hilmar Kopper, kritisiert den jüngst von der Regierungskommission „Corporate Governance“ beschlossenen Kodex für Unternehmensführung und -kontrolle als scheinheilig, weil die rechtliche Grundlage nicht mit dem Willen übereinstimme. Der Kodex verlangt u. a. die freiwillige Offenlegung der Vorstandsgehälter. Vorreiter auf der Seite der Befürworter ist Schering-Chef H. Erlen, der seine Bezüge in Höhe von 2,656 Millionen Euro für 2001 veröffentlichte. Der Thyssen-Krupp-Konzern will dem Beispiel Scherings folgen. Bei BMW heißt es allerdings, man halte eine individuelle Offenlegung für völlig unangemessen, weil sie auch für den Aktionär keinen Mehrwert schaffe.

**Kostensenkung in Krankenhäusern wird angekurbelt.** – Das Fallpauschalengesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung sieht vor, dass die Krankenhäuser je nach Krankheitsdiagnose eine Pauschalvergütung von den Kassen erhalten. Hintergrund ist, dass in Deutschland die durchschnittliche stationäre Behandlung 9,9, in Frankreich dagegen 5,5 Tage dauert. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der AOK-Bundesverband begrüßen das Gesetz, das bis 2007 in Stufen umgesetzt werden soll. Die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeber (VKA) hält den Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) auf dem Hintergrund des sich verschärfenden Klinikwettbewerbs für ungeeignet. „Die Notwendigkeit einer Modernisierung wird noch größer“ so Hauptgeschäftsführer G. Kappius. Andernfalls werde der Trend zum Outsourcing und zur Privatisierung zunehmen.

Presseauswertung: rst





**Der Landesvorstand der PDS Hessen hat mehrheitlich beschlossen, eine Kandidatur von Frau Jochimsen auf Platz 1 der Landesliste zu unterstützen.** Eine Entscheidung der Landesversammlung steht noch aus. Georg Fülberth schreibt am 5. März in der Jungen Welt dazu u.a.:

„In Hessen hat man aus dieser Not immer wieder einmal eine Tugend gemacht, indem man einen älteren Promi an die Spitze der Landesliste setzte: 1994 den Schriftsteller Gerhard Zwerenz, 1998 den ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten Fred Gebhardt. Als Letzterer 2000 starb, rückte die damals neunundzwanzigjährige Marburgerin Pia Maier nach.

Auch sie war in der Vergangenheit dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus durchaus angenehm gewesen. Anfang 1997 wurde sie auf dem Schweriner Parteitag in den Bundesvorstand gewählt. Dies war ein bißchen Unterstützung auch für den Marburger Kommunalwahlkampf, in dem Pia Maier für die PDS/Marburger Linke kandidierte ...

Fast hätte man hinter ihrem Aufstieg eine sinnvolle Personalstrategie vermuten können: Mit parteilosen Promis erst einmal einsteigen, dann eigene junge Leute nach vorn bringen und so endlich die PDS auch im Westen aufbauen.

Aber inzwischen hat man sich das wohl anders überlegt. Anfang Februar 2002 war im Neuen Deutschland, im Focus, der Frankfurter Rundschau und in Agenturmeldungen zu lesen, das Karl-Liebknecht-Haus habe die ehemalige Chefredakteurin des Hessischen Fernsehens, Luc Jochimsen, als hessische Spitzenkandidatin gewonnen.

Die Mitglieder des zuständigen Landesverbandes staunten nicht schlecht. Sie erfuhren von der Sache erst aus der Zeitung.

Gegen Luc Jochimsen selbst ist gar nichts zu sagen. In ihrer langen Laufbahn als Journalistin hat sie immer klare linke Positionen gehalten, vor dreißig Jahren gegen die Berufsverbote und 1999 gegen den Jugoslawienkrieg. Kommt sie in den Bundestag, hat die Parteiobrigkeit vielleicht bald Ärger mit ihr, denn sie ist störrisch und erfreulich unflexibel ...

Man muß sich das, was bisher gelaufen ist, so vorstellen: Die Berliner PDS-Spitze guckt Luc Jochimsen aus, verspricht ihr ein Mandat, erhält ihr Einverständnis und informiert die Presse. Der geschäftsführende Landesvorstand – jetzt schon unter Nötigungsdruck – stimmt zu (wenngleich offenbar nicht einstimmig), und am selben Tag läuft die Nachricht im Fernsehen.

Jetzt muß allerdings eine Landesdelegiertenkonferenz ... noch offiziell die Liste aufstellen. Hierzu wird der Bundesgeschäftsführer, Dietmar Bartsch, anreisen und die paar Leutchen, die da verdattert

zusammensitzen werden, zusätzlich in Angst und Schrecken versetzen: nominiere man Luc Jochimsen jetzt doch nicht, dann werde es ein Mediendebakel geben wie einst – huhuuuuuuu! – nach Münster 2000. Anschließend soll die Liste abgenickt werden.“

**Landesverband Baden-Württemberg stellt Landesliste für die Bundestagswahl auf.** Am 3. März wählten in Stuttgart-Untertürkheim 135 wahlberechtigte Mitglieder der PDS Baden-Württemberg eine zehnköpfige Landesliste. Auf den aussichtsreichen Platz 1 wurde erneut gewählt Winfried Wolf (53 Jahre), bisher schon zwei Wahlperioden für die baden-württembergische PDS im Bundestag. Auf Platz 2 wurde die parteilose, aber der Partei durchaus bekannte Heike Hensel (36 Jahre) aus Tübingen gewählt. Sie ist Projektkoordinatorin bei der Gesellschaft Kultur des Friedens, arbeitet in den Bereichen Antimilitarismus und Nord-Südpolitik; sie hat für die PDS auch bereits für die Kommunalwahl kandidiert. Die PDS strebt zwei Mandate aus Baden-Württemberg an; das ist dann aussichtsreich, wenn es der PDS tatsächlich gelingen sollte, ihren Stimmanteil von 1% bei der letzten Wahl in Baden-Württemberg auf 2% zu verdoppeln (und vorausgesetzt, sie schafft bundesweit die 5%).

Beide Spitzenkandidaten sprachen sich deutlich gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr aus und nannten die Themen Armut/Reichtum sowie Massenarbeitslosigkeit als weitere Schwerpunkte.

Für beide Plätze gab es Gegenkandidaturen. Gegen Winfried Wolf kandidierte Gregor Mohlberg, der mit dem Argument des Wechsels und der Jugend antrat und bislang vor allem im Jugendverband solid aktiv war. Er erhielt 44 Stimmen, Wolf 84 Stimmen, ein weiterer Kandidat 5 Stimmen, so dass Wolf bereits im ersten Wahlgang gewählt wurde.

Während es bei den beiden letzten Aufstellungsversammlungen massive Einmischungen durch den PDS-Parteivorstand gegeben hatte, unterblieb das diesmal. Zwar kritisierte Roland Claus (Fraktionsvorsitzender der PDS) in seinem Grußwort Winfried Wolf wegen seines Verhaltens bei verschiedenen Parteiauseinandersetzungen – diese Kritik musste sich Wolf aber auch aus der Versammlung anhören – und Claus betonte, dass er das Wahlergebnis selbstverständlich respektieren werde, was er auch tat.

Die weiteren Plätze: Stefanie Fischbach (27, Soziologin) aus Tübingen, Werner Pfennig (65, ehemals Landesvorsitzender der IG Medien, Bundesvorstand VVN) aus Stuttgart, Elgin Fischbach (32) aus Leimen, Gregor Mohlberg (25, Student) aus Freiburg, Gerlinde Strasdeit (49, Stadträtin) aus Tübingen, Elwis Ca-

pece (37, DGB-Funktionär) aus Konstanz, Elke Lison (54) aus Reutlingen und Nick Williams (21) aus Ludwigsburg.

„Prominente“ hat die PDS Baden-Württemberg damit aus dem Land und ihrer Arbeit für eine Kandidatur gewinnen können. *alk*

**Der PDS-Pressedienst berichtet über den aktuellen Stand der Vorbereitungen des Bundesparteitages wie folgt:**

„In seiner (außerplanmäßigen) Sitzung am 4. März befasste sich der Parteivorstand erneut und nahezu ausschließlich mit der Vorbereitung auf Rostock. Die größte Sorge galt der Frage, wie der Parteitag seine wichtigste Aufgabe erfüllen kann: das Programm zur Bundestagswahl zu beschließen. Mittlerweile ist von rund 500 Einzelvorschlägen sowie weiteren Änderungsanträgen auszugehen. Der Vorstand hat beschlossen, eine Reihe von Anträgen in seinen Entwurf zum Wahlprogramm zu übernehmen. Sowohl der Parteivorstand als auch die Antragskommission sprechen mit Antragstellerinnen und Antragstellern, um sie zu bewegen, auf ihre Anträge zugunsten anderer zu verzichten oder einzelne Anträge zurückzuziehen.

Der vom Parteivorstand am 17. Dezember 2001 – also vor Antragsschluss – mit der Einberufung des Parteitages vorgeschlagene Zeitplan wird sich nicht verwirklichen lassen. Erheblich mehr Zeit ist nötig, um Anträge auf dem Parteitag zu beraten und zu entscheiden.

Außerdem liegen Anträge vor, die wegen ihrer Bedeutung gesondert behandelt und mit Aussprachen verbunden werden sollten: der Antrag „Für einen starken Osten...“ und die Anträge zum Landesverband Hamburg.

Deshalb schlagen Parteivorstand und Arbeitspräsidium in Abänderung des u. a. im Pressedienst Nr. 51/52 (2001) veröffentlichten Vorschlages vor: Zur Rede der Parteivorsitzenden und zum Entwurf des Bundestags-Wahlprogramms der PDS führt der Parteitag eine Generaldebatte. In einer Reduzierung der ursprünglich für Generaldebatten vorgesehenen Zeit sieht der Vorstand die einzige Chance, um alle Anträge zum Wahlprogramm-Entwurf sowie die anderen Anträge seriös zu behandeln.

„Wir waren und sind in ständiger Konsultation mit der Antragskommission“, erläuterte Dietmar Bartsch. „Sie wird in bewährter Weise auf dem Parteitag Vorschläge zur Antragsbehandlung machen. Dazu wird gehören, zu einigen wenigen ‚Knackpunkten‘ während der Antragsdebatte kurze inhaltliche Aussprachen zu führen.“

Der Parteivorstand beschloss am 4. März den PDS-Finanzplan 2002 und die Einberufung einer Bundeswahlkonferenz für den 26. Mai 2002 nach Halle/Saale.“

*Zusammenstellung : jöd*

# Deutsch-tschechische Beziehungen stabilisieren – das Münchner Diktat von 1938 komplett annullieren

Dem folgenden Text entnehmen wir einem Soderdruck der Deutsch-Tschechischen Nachrichten. Ihm liegt ein Referat zugrunde, das auf einer Veranstaltung der offenen Liste der PDS für die Münchner Kommunalwahl am 22. Februar 2002 vorgetragen wurde.

Am 20. Februar war Außenminister Fischer in Prag. Neben Gesprächen über die EU-Osterweiterung hatte er die Aufgabe, „Irritationen“ im deutsch-tschechischen Verhältnis auszuräumen und den für Ende März geplanten Besuch von Bundeskanzler Schröder „aufs Gleis zu setzen“ (Botschafter Libal). Schröder werde nur nach Prag fahren, hieß es, wenn Fischer mit befriedigenden Ergebnissen heimkehren würde.

Der Anlass des Streits: Nach einer langen Serie heftiger politischer Angriffe gegen die Tschechische Republik, die schließlich mit Haider's Temelín-Volksbegehren ihren Höhepunkt erreichte, hatte der tschechische Premierminister Miloš Zeman dem Wiener Magazin „profil“ ein Interview gegeben, das auf deutscher Seite als Ausdruck eines Kollektivschuldvorwurfs an die Sudetendeutschen interpretiert wurde. Die Wellen der Empörung gingen vor allem von der Spitze der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) aus, die bekanntlich hier in München sitzt und von der CSU gestellt wird. Der SL-Vorsitzende Bernd Posselt, der gleichzeitig CSU-Europaabgeordneter und Vorsitzender der deutschen Sektion der Paneuropa-Union ist, sprach von „plumper Geschichtsfälschung“ und „blankem Rassismus“, SL-Sprecher Johann Böhm, gleichzeitig bayerischer Landtagspräsident, fand die Äußerungen Zemans „beleidigend“. Edmund Stoiber forderte von Schröder eine Intervention in Prag, und schließlich erwirkte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auch noch eine Fragestunde und eine Aktuelle Stunde zu diesem Thema im Bundestag und kochte das Thema dort weiter hoch. Nach Fischers Rückkehr wurde der Streit für beendet erklärt, eine Woche später sagte Schröder seinen Besuch trotzdem ab.

Nun könnte man die ganze Sache so betrachten, dass Zeman, der nicht gerade als großer Außenpolitiker mit diplomatischem Fingerspitzengefühl bekannt ist, angesichts der ständigen Angriffe der Gaul durchgegangen ist und dass man die Sache nicht so hoch hängen sollte. Damit würde man aber unter den Tisch kehren, dass den Unstimmigkeiten ein echtes Problem zugrunde liegt, allerdings eins, das nicht auf tschechischer, sondern auf deutscher Seite liegt. Und dass dieses Problem, solange man es nicht ans Ta-

geslicht holt und ausräumt, immer wieder zu Abstürzen in den deutsch-tschechischen Beziehungen führen wird.

Worin besteht dieses Problem?

- Es gibt über entscheidende Fragen der Vergangenheit unterschiedliche Rechtsauffassungen in der Tschechischen Republik und in Deutschland.

- Die deutsche Seite verlangt von der tschechischen, unter Berufung auf die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997, über Fragen der Vergangenheit zu schweigen und ihre Rechtsauffassung nicht offensiv zu vertreten.

- Während die Bundesregierung auf die Deutsch-Tschechische Erklärung pocht, in der es heißt, man solle die Fragen der Vergangenheit den Historikern überlassen und nicht die aktuelle Politik damit belasten, verfißt die bayerische Regierung mit der SL im Rücken die in Deutschland vorherrschende Rechtsauffassung sehr offensiv, stellt sie als einzig mögliche und moralisch akzeptable hin und konfrontiert auf ihrer Grundlage Tschechien laufend mit unerfüllbaren Forderungen.

Es besteht also eine Situation, in der beide Seiten nicht gleichberechtigt agieren können: Wenn die tschechische Seite Auffassungen artikuliert, die der deutschen Seite nicht genehm sind, wird moralischer und politischer Druck ausgeübt, es werden Entschuldigungen gefordert. Der Gedanke, dass die tschechische Position eine legitime Grundlage haben könnte, wird gar nicht zugelassen. Verschärft wird diese Situation durch die Tatsache, dass die Presse in Tschechien selbst sich zu weit überwiegendem Teil in deutschem Besitz befindet und ihr Ziel darin sieht, die Debatte im Land zugunsten der deutschen Position zu beeinflussen. In einer solchen Situation können sich gesunde nachbarschaftliche Beziehungen nicht entwickeln; es muss folglich immer wieder zu Irritationen und Konfrontationen kommen.

Voraussetzungen für stabile Beziehungen können nur geschaffen werden, wenn nicht jede eigenständige tschechische Äußerung mit einem Schwall von Empörung beantwortet, sondern mit dem Respekt auf ihren inhaltlichen Kern geprüft wird, der eigentlich selbstverständlich sein sollte.

## München und die böhmische Geschichte

Es muss uns in München besonders berühren, wenn wir feststellen, dass es hierzulande an diesem Respekt gegenüber unseren tschechischen Nachbarn fehlt und dass die Hauptakteure einer derartigen Politik in unserer Stadt sitzen.

Denn damit vertieft sich der dunkle Klang, den der Name unserer Stadt für viele Menschen in unseren östlichen

Nachbarländern hat ganz besonders in Tschechien. „München“ ist dort ein Synonym für das verhängnisvolle „Münchener Abkommen“ vom 29. September 1938. Dieses sogenannte Abkommen die Tschechen nennen es richtiger „Diktat“ –, mit dem unter dem Vorwand des Schutzes der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei und unter offener Gewaltandrohung Teile der Tschechoslowakei von Hitler-Deutschland annektiert wurden, ist ein schreckliches Beispiel dafür, wohin mangelnder Respekt vor den Rechten anderer Staaten in letzter Konsequenz führen kann: Mit ihm wurde die Schwelle zum zweiten Weltkrieg überschritten.

Vorgänge wie das Münchner Diktat als Ouvertüre zur sechsjährigen Besatzung durch die Nazis sind in der Geschichte eines Landes herausragende Ereignisse, die sich dem kollektiven Gedächtnis lange und tief einprägen. In der Geschichte Böhmens und Mährens gibt es vielleicht nur ein Ereignis von ähnlicher Bedeutung: die Schlacht am Weißen Berge, in der 1620, zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges, die hussitischen Böhmen von den Heeren der Katholischen Liga besiegt wurden. Mit dieser Schlacht begann die 300-jährige Unterwerfung des Königreichs Böhmen unter die Herrschaft der Habsburger. Auch die Schlacht am Weißen Berge ist historisch mit München verbunden. Denn der militärische Anführer der Katholischen Liga war Kurfürst Maximilian I von Bayern. Der ließ den Jahrestag seines großen Sieges immer mit einer großen Dankprozession feiern. Besonders prunkvoll fiel diese im Jahre 1638 aus, als im Mittelpunkt der Feierlichkeiten die Einweihung der Mariensäule vor dem Münchner Rathaus stand. Die starke Betonung des Marienkults, dem auch die Frauenkirche geweiht wurde, diente nämlich zur Demonstration des Triumphes katholischer Rechtgläubigkeit über das hussitische Ketzertum. Dieses ist dargestellt als eine der vier „Plagen“ der damaligen Zeit (die anderen sind Hunger, Krieg und Pest), die von den bronzenen Putti auf dem Sockel der Mariensäule bekämpft werden.

## Das Interview

Doch zurück zu den aktuellen Ereignissen: So unerfreulich die Auseinandersetzungen der letzten Wochen waren, so gut eignen sie sich, um das Problem zu verdeutlichen.

Bleiben wir zunächst bei dem Interview, das so viel Aufregung verursacht hat. Lassen wir die Passagen über Haider und Österreich beiseite und stellen erst einmal fest, was Zeman über die Sudetendeutschen wirklich gesagt hat. Die am heftigsten kritisierte Stelle lautete: „Man

darf auch nicht vergessen, dass die Sudetendeutschen die fünfte Kolonne Hitlers waren, um die Tschechoslowakei als einzige Insel der Demokratie in Mitteleuropa zu zerstören.“

Diese Beschreibung einer historischen Rolle wurde von dem Interviewer sofort als „Zuweisung von Kollektivschuld“ interpretiert. Zeman präzisierte daraufhin seine Auffassung. Er erinnerte daran, „dass diese Sudetendeutschen vor dem Überfall Hitlers tschechoslowakische Staatsbürger waren“ und fuhr fort: „Nach dem tschechischen Recht haben viele von ihnen Landesverrat begangen, ein Verbrechen, das nach dem damaligen Recht durch die Todesstrafe geahndet wurde. Auch in Friedenszeiten. Wenn sie also vertrieben oder transferiert worden sind, war das milder als die Todesstrafe.“

Der profil-Journalist fand das „ganz schön zynisch“. Zeman heiße „damit doch auch die Ermordung und Misshandlung zehntausender Sudetendeutscher gut.“

Zeman: „Nein, ich habe diese Exzesse stets verurteilt. Aber das ändert nichts daran, dass Sudetendeutsche den Genozid am tschechischen Volk befürwortet haben. Lidice steht für das Schicksal der Tschechen nach dem Sieg von Hitlers Drittem Reich. ...“

Versuchen wir, diese Sätze nüchtern zu analysieren. Zuerst sagt Zeman, dass „die Sudetendeutschen die fünfte Kolonne Hitlers waren“. Laut dtv-Lexikon ist eine fünfte Kolonne „eine Untergrundorganisation, die in Zeiten internationaler Spannungen oder im Krieg mit Kräften außerhalb ihres Landes zusammenwirkt. Der Ausdruck stammt aus dem Span. Bürgerkrieg: als Franco mit 4 Kolonnen auf Madrid anrückte, wurden seine Anhänger in der Stadt F.K. genannt“. Wer die Geschichte der Sudetendeutschen Heimatfront bzw. (ab 1935) der Sudetendeutschen Partei (SdP) und ihrer heimlichen Kollaboration mit Hitler kennt, wird zugeben müssen, dass die Beschreibung dieser Organisation als „fünfte Kolonne“ zutrifft.

Kann man nun „die Sudetendeutschen“ mit der SdP zu hundert Prozent gleichsetzen? Nein. Natürlich gab es auch unter den Sudetendeutschen Antifaschisten. Die Tschechoslowakei hätte ihre großartige Rolle als Zufluchtsort für Verfolgte aus Hitler-Deutschland und als Operationsbasis für die Unterstützung des antifaschistischen Kampfes im Deutschen Reich gar nicht erfüllen können, wenn das anders gewesen wäre. Doch die Zahl derjenigen, die sich dem Sog der „Heim-ins-Reich!“-Bewegung entzogen, ging zwischen 1933 und 1938 immer weiter zurück. Bei den Wahlen 1935 erhielt die SdP bereits zwei Drittel, bei den Wahlen im Mai 1938 über 90% der Stimmen in den überwiegend deutschsprachigen Grenzgebieten. Gewiss, 90% sind 90% und nicht „die“ Sudetendeutschen. Die Interpretation, Zeman habe „alle“ Sudetendeutschen gemeint, ist aber eine absichtliche Überinterpretation. Abgesehen davon, dass auch „die Deutschen“ in der Regel „die“ sagen, wenn sie „die meisten“ meinen, muss man auch berücksichtigen, dass in der tschechischen Sprache keine Artikel gebraucht werden wie im Deutschen. Ein Satz, der mit „sudetoněmecky“ anfängt, kann bedeuten: „Sudetendeutsche“ haben das und das getan oder „die Sudetendeutschen“ haben es getan. Auch Tschechen, die sehr gut Deutsch sprechen, haben deshalb mit den Feinheiten des Artikelgebrauchs im Deutschen häufig Schwierigkeiten. Und schließlich hat Zeman präzisiert: „viele von ihnen“ haben Landesverrat begangen...

Ein anderes Missverständnis: Die Worte Zemans wurden so interpretiert, als habe er gesagt, jeder Sudetendeutsche habe Juden umgebracht, Tschechen zumindest an die Gestapo ausgeliefert oder sich sonst als Nazi-Scherge betätigt. Auch das ist falsch. Er hat gesagt, die Sudetendeutschen waren tschechoslowakische Staatsbürger und viele von ihnen haben nach tschechoslowakischem Recht Landesverrat begangen, und das nicht erst nach dem Überfall Hitlers, sondern

schon vorher. Damit hat Zeman einfach die tschechische Rechtsauffassung dargestellt.

## Zwei Rechtsauffassungen

Nach tschechischer Auffassung wurde die Tschechoslowakische Republik 1918 völlig zu Recht in den historischen Grenzen des Königreichs Böhmen (das bis 1918 in Personalunion vom Österreichischen Kaiser regiert wurde) plus der Slowakei (die vorher zu Ungarn gehört hatte) gegründet. Sudetendeutsche beklagen häufig, dass schon die Namensgebung des neuen Staates ihre Ausgrenzung und Diskriminierung beweisen würde. Sie ignorieren dabei, dass das tschechische Wort Cechy nicht eine ethnische, sondern eine territoriale Bezeichnung ist: es heißt einfach „Böhmen“ und umfasst alle Einwohner Böhmens, unabhängig davon, ob sie slawischen, germanischen, jüdischen oder sonstigen Ursprungs sind.

Selbstverständlich hatten nach tschechischer Auffassung alle Staatsbürger der Tschechoslowakei, unabhängig von ihrer Nationalität, in der Zeit der Bedrohung durch Nazi-Deutschland die Pflicht zur Loyalität. Wer in den letzten Jahren die Bundestagsdebatten zum deutschen Staatsbürgerrecht verfolgt hat, konnte feststellen, dass Loyalität auch in Deutschland verlangt wird, nicht nur in der Vergangenheit, sondern auch heute. Gerade Vertreter der CDU/CSU bestehen am heftigsten darauf, dass die deutsche Staatsbürgerschaft die Zugehörigkeit zu einer „Schicksalsgemeinschaft“ bedeute, für die man im Konfliktfall mit Hab und Gut, gelegentlich sogar mit Gesundheit und Leben einzustehen habe. Ich teile diese Haltung der CDU/CSU zum deutschen Staatsbürgerrecht nicht, aber ich finde es doch merkwürdig, dass aus derselben Ecke Vorwürfe wie „beleidigend“, „rassistisch“ oder Ähnliches erhoben werden, wenn jemand feststellt, dass diejenigen, die die faschistische Politik des „Heim ins Reich!“ guthießen und förderten, Landesverrat begingen.

Diese Merkwürdigkeit hat nun ihrer-

## NUR DIE OST-MARK FEHLT ...

Das folgende Foto samt Text stammt aus der Sudetendeutschen Zeitung vom 15. 2. 2002. Nur sehr notdürftig kaschiert die Inschrift des „Gedenksteins“, welche territorialen Vorstellungen seine Initiatoren damit verbinden.



**Vertriebenen-Gedenkstein im Main-Kinzig-Kreis.** Bereits im September 2001 wurde in Gründau-Rothbergen nach einem feierlichen Gottesdienst ein Gedenkstein eingeweiht, der an die Vertreibung von Millionen von Deutschen und ihre Opfer erinnern soll. Unter den Gästen konnte BdV-Vorsitzender Walter Wech den Landesvorsitzenden Alfred Herold, Landrat Karl Eyerkauf, Bürgermeister Georg Meyer und eine große Zahl weiterer Gäste und Teilnehmer begrüßen. Die Idee zu diesem eindrucksvollen Gedenkstein kam von Oberstudienrat Roman Hanke, einem gebürtigen Kuhländler aus Brosdorf-Schönbrunn/Ostsudetenland. Die Gestaltung der Gedenktafel als Landkarte soll den zukünftigen Generationen deutlich machen, aus welchen Gebieten fünfzehn Millionen Deutsche von 1945 bis 1947 vertrieben wurden. Landrat Karl Eyerkauf forderte in seinem Grußwort die Schulen auf, im Rahmen des Geschichtsunterrichts die Aussagekraft dieses Gedenksteins zu nutzen und durch eine Ortsbesichtigung der heutigen Jugend Geschichte und Herkunft der Vertriebenen plastisch vor Augen zu führen. Bürgermeister Georg Meyer begrüßte die Gedenktafel als Mahnung für die Lebenden und Erinnerung an die Flucht und Vertreibung ...



seits mit der in Deutschland vorherrschenden Rechtsauffassung zu tun. Danach war nämlich das Streben der (überwältigenden Mehrheit der) Sudetendeutschen „heim ins Reich“ völlig legitim. Vertreter der SL erklären immer wieder, dass schon die Gründung der CSR 1918 in den damaligen Grenzen ein Unrecht gewesen sei und dass die Deutschböhmen (die sich später Sudetendeutsche nannten) in diesen neuen Staat mit Waffengewalt und unter Verletzung ihres Selbstbestimmungsrechtes gezwungen worden seien. Das Münchner Abkommen sei daher nicht Unrecht, sondern im Gegenteil Behebung früheren Unrechts gewesen, und selbstverständlich sei es das gute Recht der Sudetendeutschen gewesen, sich dafür einzusetzen. Dass die Ausübung ihres so verstandenen „Selbstbestimmungsrechtes“ die Unterjochung der tschechischen Nation erleichterte und im Falle eines deutschen Sieges sogar die Verwirklichung von Hitlers Plänen zu deren Vernichtung bedeutet hätte, kümmert sie dabei nicht.

Wenn aber das Münchner Abkommen rechtens zustande gekommen ist, so die Logik, können die, die danach verlangt und seine Herbeiführung gefördert haben, nicht schuldig sein. Die Folgerung der SL: Kollektive Unschuld!

#### **Das Münchner Diktat**

Dreh- und Angelpunkt dieser Argumentation ist also der deutsche Anspruch auf das tschechische Grenzgebiet, der sich im „Münchner Abkommen“ durchsetzte. Dieses wurde in der Nacht des 29. September 1938 im Führerhauptquartier am Königsplatz (der heutigen Musikhochschule an der Arcisstraße) von Hitler und Mussolini sowie den Regierungschefs von Großbritannien und Frankreich unterzeichnet und bestimmte, dass die Tschechoslowakei innerhalb von zehn Tagen ihre Grenzgebiete zu räumen und an das Deutsche Reich abzutreten hatte. Die Tschechoslowakei verlor damit 20 Prozent ihres Territoriums, 25 Prozent ihrer Bevölkerung, 70 Prozent ihrer Schwerindustrie und ihre gesamten westlichen Verteidigungsanlagen ganz abgesehen von den verhängnisvollen Folgen für die tschechischen Bewohner der Grenzgebiete und für die dort lebenden Juden und Antifaschisten. An den „Verhandlungen“ über das sog. Abkommen durfte ein Vertreter der Tschechoslowakei nicht teilnehmen, er musste draußen warten, bis das Schicksal seines Landes besiegelt war. Dann wurde ihm die bevorstehende Amputation der wirtschaftlich und strategisch unentbehrlichen Gebiete mitgeteilt.

Man kann also feststellen:

- Das Münchner Abkommen wurde von den Unterzeichnermächten beschlossen, ohne dass das betroffene Land beteiligt war.
- Das Münchner Abkommen wurde unter unmittelbarer Androhung von Gewalt aufgezwungen.

• Das Münchner Abkommen wurde nie vom tschechoslowakischen Parlament ratifiziert; ohne dessen Zustimmung aber konnte es keine Gültigkeit erlangen.

Es gibt also genügend juristische und erst recht politische Gründe, um es für nicht rechtmäßig zustande gekommen und somit null und nichtig von Anfang an zu erklären. Dies aber hat – im Gegensatz zu den anderen Beteiligten – noch keine bundesdeutsche Regierung getan. Wie alle ihre Vorgängerinnen hält auch die jetzige rot-grüne Regierung an der Auffassung fest, dass das Abkommen zunächst in Kraft getreten sei und seine Gültigkeit erst im März 1939 verloren habe, als Hitler die sog. „Resttschechei“ besetzen ließ und damit das Abkommen brach.

In allen Verhandlungen über Verträge und Vereinbarungen, die in den letzten Jahren zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei bzw. (ab 1993) der Tschechischen Republik abgeschlossen wurden, hielt die Bundesregierung an dieser Position fest. So versuchte z.B. die tschechoslowakische Regierung in den Verhandlungen über den Nachbarschaftsvertrag von 1992 vergeblich, eine Formulierung durchzusetzen, die „die Kontinuität der gemeinsamen Grenze seit 1918 bestätigen sollte“. „Da eine solche Formulierung die Anerkennung der Nichtigkeit des Münchner Abkommens von Anfang an mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen impliziert hätte“, heißt es in einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes dazu, „hat die Bundesregierung sie unter Hinweis auf die deutsche Rechtsposition zum Münchner Abkommen als nicht akzeptabel zurückgewiesen.“ (Bundestagsdrucksache 12/2468). Gerechtfertigt wird dies mit juristischen Problemen, die im Falle einer Annullierung von Anfang an („ex tunc“) auftreten würden. „Einen Rattenschwanz von rechtlichen Fragen“ sah z.B. in der Aktuellen Stunde am 23. Januar dieses Jahres der FDP-Abgeordnete Ulrich Irmer durch die förmliche Aufhebung des Münchner Abkommens ex tunc auf die Bundesregierung zukommen. „Mit guten Gründen“, so Irmer, „haben sich alle Bundesregierungen dagegen zur Wehr gesetzt, weil nämlich die Folgen, auch die rechtlichen Folgen für einzelne Personen, unabsehbar wären.“

Nun kann doch wohl eine Regelung für rechtliche Probleme wie z.B. die Anerkennung von Ehen, die damals vor deutschen Besatzungsbehörden geschlossen wurden, bei etwas gutem Willen nicht so schwer zu finden sein. Eins aber würde man bei einer Annullierung des Münchner Abkommens von Anfang an auf jeden Fall anerkennen müssen: die Legitimität der historischen Grenzen der CSR, die Gültigkeit tschechoslowakischen Rechtes im gesamten Staatsgebiet der Tschechoslowakei einschließlich der Grenzgebiete und das heißt auch die Strafbarkeit von Akten der Kollaboration als Landesverrat.

#### **Man könnte ...**

Man könnte die geschilderten historischen Tatsachen in aller Sachlichkeit feststellen und die Ungültigkeit des Münchner Diktats von Anfang an akzeptieren. Man könnte anerkennen, dass eine große Mehrheit der ehemaligen tschechoslowakischen Staatsbürger deutscher Nationalität gegen tschechoslowakisches Recht verstößen und an der Zerschlagung der Tschechoslowakei mitgewirkt hat. Man könnte sich vorzustellen versuchen, welche Alternativen nach dem Krieg möglich waren: die Situation, die eingetreten wäre, wenn alle Kollaborateure nach tschechoslowakischen Gesetzen abgeurteilt (und z.B. inhaftiert) worden wären und die Situation, wenn man die Kollaboration ungestraft hingenommen hätte. Wie hätte in dem einen und in dem anderen Fall das weitere Zusammenleben aussehen können? Wäre nicht in beiden Fällen ein heißer oder kalter Bürgerkrieg unvermeidlich gewesen? Man könnte zugeben, dass die Beneš-Dekrete einen legitimen Zweck verfolgten: zu verhindern, dass jemals wieder eine deutsche Minderheit zum Instrument aggressiver großdeutscher Außenpolitik gegen die Tschechoslowakei gemacht werden kann. Man könnte sich mit dieser verhängnisvollen außenpolitischen Tradition und den Gefahren auseinandersetzen, die sie für die Angehörigen der missbrauchten Minderheiten mit sich bringt. Man könnte schließlich einsehen, dass Tschechien auch heute keine Beschlüsse fassen kann, die die Kollaboration mit den Nazis zum Recht und die Maßnahmen zum Schutz des Landes zum Unrecht erklären.

Niemand müsste dabei leugnen, dass all dies für die Betroffenen großes Leid bedeutet hat. Aber die Empörung der SL-Funktionäre und ihres Anhangs sowie ihre Forderungen nach Entschuldigung und Entschädigung würden nach solchen Überlegungen wohl doch nicht mehr sehr überzeugend klingen. Die Feststellung der historischen Fakten könnte dann tatsächlich, so wie es die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 vorsieht, den Historikern überlassen werden.

#### **Eine Bedrohung für Tschechen und Deutsche**

Für die Tschechen ist die deutsche Position wirklich bedrohlich, enthält sie doch allen gegenteiligen Beteuerungen zum Trotz die Auffassung, dass die Grenzgebiete „eigentlich“ zu Deutschland gehören. Noch dazu erleben sie häufig, dass sich deutsche Besucher in Tschechien so aufführen, als gehöre ihnen das Land und die Tschechen hätten ihnen zu Diensten zu sein. Sie sehen sich mit Ansprüchen unabsehbaren Umfangs konfrontiert, sie sollen anerkennen, dass sie selbst Unrecht getan, „die“ Sudetendeutschen aber unschuldig sind, und sie hören Sätze wie diesen:

„Man darf nicht vergessen, dass eines der wesentlichsten Instrumente der Geo-

politik die Landkarten sind; sie zeigen die Lage der Völker. Es ist zu befürchten, dass viele führende Tschechen diese noch immer nicht betrachtet haben ... Wenn man einen dauernden Frieden haben will, muss man sich den geopolitischen Realitäten anpassen. Es ist daher eine gefährliche historische Illusion, wenn tschechische Politiker auch heute noch glauben, dass sie ewig Sieger gegen das mächtige Deutschland sein werden.“ Diese Worte stammen von Otto Habsburg (Sudetendeutsche Zeitung, 31.7.1998), der in der SL bis heute als Kaiserliche Hoheit hofiert wird. Von ihm müssen sich die Tschechen auch immer wieder anhören, dass der Sturz der Habsburger und der Kampf gegen die Donaumonarchie ein „Verbrechen“ an Europa gewesen sei. Schließlich habe das Habsburgerreich, in dem bekanntlich die Deutsch-Österreicher eine dominierende Stellung innehatten, ein vorzügliches Modell für das künftige Europa dargestellt.

Gleichzeitig müssen sie zusehen, wie die Tschechische Republik ökonomisch immer mehr in Abhängigkeit vom großen westlichen Nachbarn gerät (allein die VW-Tochter Škoda bestreitet 10% des Exports). Und sie stellen mit Entsetzen fest, dass mit Edmund Stoiber ein Politiker Kanzler werden will, der sich immer wieder lauthals als Schirmherr der SL und als Vorkämpfer für deren Ansprüche darstellt (der Landsmannschaft und nicht „der Sudetendeutschen“, denn der Anspruch der SL, „die Sudetendeutschen“ und sogar noch ihre Kinder und Enkel zu vertreten, ist eine unhaltbare Anmaßung: nur ein Bruchteil von ihnen rechnet sich der Landsmannschaft zu und noch weniger unterstützen deren

Forderungen.)

Aber auch für die Deutschen ist die Sache bedrohlich. Denn die Frage, wie das Verhältnis zur Tschechischen Republik hierzulande definiert wird, die Frage, welche Rechtsauffassung in bezug auf das Münchner Diktat herrscht, hat Auswirkungen darauf, wie unser Staat sein Verhältnis und damit sein Verhalten gegenüber anderen Staaten definiert, was er als rechtens betrachtet und was nicht. Es hat, mit einem Wort, Auswirkungen darauf, ob und wie sehr dieser Staat andere Staaten respektiert bzw. wie rasch er bereit ist, ihnen seinen Willen gewaltsam aufzuzwingen. Wir alle wissen, dass diese Fragen in den letzten Jahren wieder sehr praktische Relevanz gewonnen haben. Ich möchte an dieser Stelle nur an das sog. Abkommen von Rambouillet erinnern, das nicht zu Unrecht häufig in einem Atemzug mit dem Münchner Abkommen genannt wird.

Linke Politik insgesamt, gerade aber auch linke Politik in München kann sich daher mit dem jetzigen Stand der Dinge nicht zufrieden geben.

Das Thema Revanchismus war schon vor 1989/90 nur scheinbar Schnee von gestern. Danach ist es ganz offensichtlich, dass dieser Schein trügt. Die Propagierung angeblich „humanitärer“ Kriege in Jugoslawien und anderswo hat den Landsmannschaften Gelegenheit gegeben, sich von ihrem Image als Sammelbecken aussterbender Ewiggestriger zu befreien und als zukunftssträchtige Menschenrechtsorganisationen darzustellen. Kühn behaupten sie, wenn die „Vertreibung“ der Deutschen 1945/46 nicht hingenommen worden (ich ergänze: sondern gleich mit Waffengewalt verhindert bzw.

rückgängig gemacht worden) wäre, dann gäbe es heute keine ethnischen Säuberungen. Sie sind damit zu Propagandaorganisationen für angeblich humanitäre Kriege geworden und konnten damit auch bei solchen Bevölkerungskreisen Gehör finden, die sich früher strikt dagegen verwahrt hätten. Verstärkt drängen sie nun mit ihren gefährlichen politischen Positionen in Schulen und Hochschulen.

Es hat in München in den letzten Jahren immer wieder Aktivitäten gegen die revanchistischen Bestrebungen gegeben. Besonders der AStA der Geschwister-Scholl-Universität hat sich in dieser Hinsicht in den letzten Jahren Verdienste erworben, und jüngst hat dieses Thema auch im Programm der Offenen Liste der PDS für die Münchner Stadtratswahl relativ breiten Platz gefunden. Dort heißt es:

„Wir wollen uns dafür einsetzen, dass

- ... die revanchistischen Aktivitäten der SL nicht gefördert, sondern zurückgedrängt werden. Die völkische Propaganda der SL hat an Schulen und Hochschulen nichts zu suchen. Der antifaschistische und antirevanchistische Widerstand der StudentInnen muss unterstützt werden.

- dass von unserer Stadt Initiativen mit dem Ziel ausgehen, die Hypothek, die seit dem verhängnisvollen Diktat von 1938 auf unserer Stadt lastet, endlich zu tilgen, d.h. das „Münchner Abkommen“ völkerrechtlich verbindlich für null und nichtig von Anfang an zu erklären und gleichberechtigte Beziehungen zu unseren tschechischen Nachbarn zu entwickeln.“

Renate Hennecke

## Studie im Auftrag des BMZ

# Eine politisch machbare Tobinsteuer

Vor einigen Wochen erschien in dieser Zeitschrift eine Kritik am Konzept einer Devisentransaktionssteuer, so wie diese bisher von verschiedenen politischen, gewerkschaftlichen und kirchlichen Gruppierungen, im Besonderen von der PDS, vorgeschlagen war.<sup>1</sup> Der Kern der Kritik, die bei etlichen LeserInnen zumindest Stirnrunzeln verursachte, bestand in der These, eine Tobinsteuer mit den bisher diskutierten Steuersätzen würde nicht nur einen Großteil ihrer Steuerbasis – den sogenannten Arbitrage- oder Liquiditätshandel – schlichtweg eliminieren, sondern dadurch auch das Gegenteil der von ihr beabsichtigten Wirkung erzielen – statt Glättung der Devisenkursentwicklung im Interesse der Entwicklungs- und Schwellenländer gerade Verstärkung ihrer sprunghaften Entwicklung, der Volatilität.

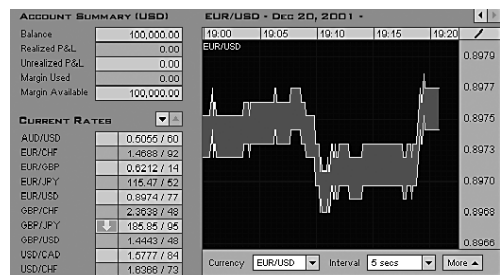
Das Entwicklungsministerium hat nun dieser Tage eine Studie veröffentlicht, in der ein Konzept einer „politisch machbaren“ Tobinsteuer mit niedrigem

Steuersatz als „echte“ Steuer auf Devisentransaktionen kombiniert mit einer auf spekulative Schwankungen reagierenden Zusatzsteuer empfohlen wird.<sup>2</sup>

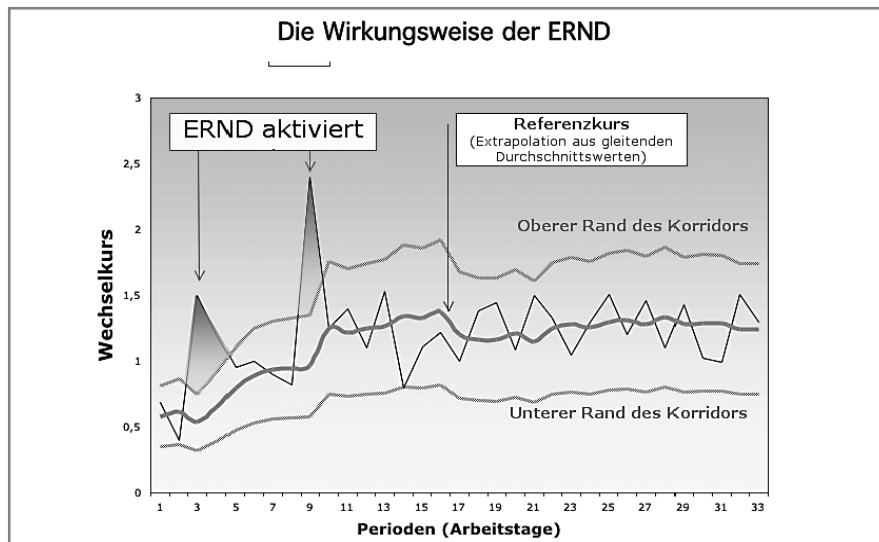
Die Studie geht von den Zielen Wechselkursstabilisierung und Einnahmeerzielung für die öffentlichen Haushalte aus. In einem längeren Kapitel wird die Struktur der Devisenmärkte und ihrer Entwicklung dargestellt – Großhandel mit Einzeltransaktionen von bis zu 500 Millionen US-Dollar in Sekundenabständen auf einem echten globalen Markt, mehrere tausend Wechselkursänderungen am Tag in sehr kleinen Schritten, glättende und risikovermindernde Effekte dieses Liquiditätshandels (siehe Bild 1).

Ausgehend von der Feststellung, dass die Margen im Liquiditätshandel zwischen den ca. 20 weltweit agierenden Banken – Anteil am Gesamtvolumen im Devisenhandel ca. 85% – inzwischen bei ca. einem Basispunkt liegen, das sind 0,01%

Kursdifferenz zwischen Hin- und Rückkauf einer Währung, plädiert die Studie für einen Steuersatz von einem halben bis einem Basispunkt.<sup>4</sup> Der Autor weist darauf hin, dass auch bei einem derart niedrigen Satz mit nicht unerheblichen Überwälzungseffekten auf den „realwirtschaftlichen Sektor“ bzw. die Einzelhaushalte gerechnet werden muss. Bei voller Überwälzung auf den Endkunden-



**Bild 1: Der Markt für Euro / US-Dollar (am 20. Dezember 2001, 19:00 – 19:20h)**  
Quelle: „Zur Durchführbarkeit...“, S.81<sup>3</sup>



**Bild 2: Wirkungsweise der Zusatzsteuer**

**Quelle:** Zur Durchführbarkeit..., S. 23 (ERND: „exchange-rate normalization duty“ = Wechselkursausgleichsabgabe)

bereich können aus einem Basispunkt rasch 7,5 Basispunkte entstehen, wobei eine Überwälzung in unterschiedlichem Ausmaß gelingen könnte: stärker auf Klein- und Mittelbetriebe als auf multinationale Firmen, stärker auf Versicherer als auf Fonds.<sup>5</sup> Man sollte also keine Illusion hegen, der Steuerbürger käme hier mittels einer neuen Geldquelle ungeschoren davon. Negative Auswirkungen auf die Liquidität hätte eine Steuer in dieser Größenordnung nach Auffassung des Autors nicht, da innerhalb der letzten Jahre aufgrund von Rationalisierungen die Transaktionskosten stark gefallen sind.

Umgerechnet auf das in der Studie aus markttechnischen und politischen Gründen vorgeschlagene Steuergebiet (EW-WU-Länder plus Großbritannien plus Schweiz) ergäbe das derzeit eine Jahressteuereinnahme von 17–20 Mrd. Euro. Diese könnten z.B. einem „Europäischen Fonds für Wirtschaftliche Entwicklung“ zur Verwendung für „globale öffentliche Güter“ zufließen.

Nun ist offensichtlich die Einnahmeerzielung für den „europäischen Haushalt“ nur ein der Wechselkursstabilisierung untergeordnetes Ziel, insbesondere da die Kosten für Einführung und Eintreibung der Steuer trotz fast vollständiger Computerisierung von Handel und Abwicklung nicht zu vernachlässigen sind. Ist aber eine derartige „politisch machbare“ Tobin-Steuer erst einmal etabliert, kann sie der Überwachung des Devisenmarktes sowie der Datenlieferung für das wichtigere zweite Element, der Devisenzusatzabgabe dienen.

Diese Zusatzabgabe soll speziell der Abwehr von Spekulationen gegen Währungen einzelner Länder dienen. Da eine Spekulation gegen den Euro oder Dollar kaum erfolgversprechend sein dürfte, sind die Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer die Adressaten dieses Vorschlages. Die Steuer, die in Bild 2 graphisch dargestellt wird, ist vom Vor-

bild des der Euroeinführung vorangegangenen Europäischen Währungssystems geleitet, d.h. es wird eine Zielgröße im Rahmen eines Zielkorridors verfolgt.

Der Zielwechselkurs ist dabei keine feste Größe, sondern ein „gleitender Durchschnitt“ über beispielsweise 20 Arbeitstage, so dass die sogenannten „Fundamentaldaten“ (Produktivitätsentwicklung, Zinsniveau etc.) in den Wechselkurs eingehen würden. D.h. Auf- oder Abwertung wird nicht „verboten“, sondern gleitend erreicht.<sup>6</sup> Nur abrupte Wechselkursänderungen, wie sie für Zeiten von Spekulationen typisch sind, würden durch die Zusatzsteuer abgefangen. Denn die Höhe dieser Abgabe soll 50 bis 100% (!) des den Korridor überschießenden Betrags ausmachen.

Damit würde nach Auffassung der Studie einerseits eine effektive und zielgenaue Abschreckung von Spekulation gegen die Währung von Entwicklungsländern möglich, andererseits würden Langfristinvestoren nicht nur nicht abgeschreckt, sondern sogar ermutigt. „Die ERND wirkt nämlich ähnlich einer Versicherung. Durch sie wird praktisch garantiert, dass Wechselkurse in der kurzen Periode nie mehr als die gesetzte Bandbreite variieren werden. Dies muss im Vergleich zur Alternative (möglicher ‚freier‘ Fall des Wechselkurses) als Vorteil bewertet werden.“<sup>7</sup>

Im übrigen hat der Autor auf 86 Seiten eine Fülle von Material über die Funktionsweise der Devisenmärkte und ihre wesentlichen Institutionen und Techniken zusammengetragen und einigmaßen verständlich dargestellt, so dass sich die Studie – unter Verwendung eines Fachwörterbuches – für den politisch Interessierten sowohl zum Selbststudium als auch als Material für einen Arbeitskreis eignet. Der Detaillierungsgrad der Studie ist beeindruckend, teilweise bis auf „Bit- und Byte-Ebene“, so dass sich gerade die „Realos“ aller Parteien angesprochen fühlen müssten.

Die Antiglobalisierungsbewegung wird diese Studie hoffentlich als Angebot zur politischen Umsetzung aufgreifen. Die Argumente der volkswirtschaftlichen „Orthodoxie“, so wie sie CDU/CSU oder FDP in der Bundestagsdebatte um die Tobin-Steuer oder in der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“ vortrugen, werden einerseits widerlegt, andererseits in der Frage Steuersatz auch berücksichtigt. Steuern auf Kapitalbewegungen werden auch nicht als planwirtschaftliches Teufelszeug abgelehnt, sondern als marktkonform sowie gegenüber Kapitalverkehrskontrollen oder geldpolitischen Interventionen als überlegen dargestellt. Keinen Honig aus dieser Studie saugen können jedoch Verfechter einer weitgehenden Abschaffung des Devisenhandels oder der Position „Die Kohle holen, wo sie ist“. Wenn der Autor allerdings einem gewissen Karl Marx die Verantwortung für deren Argumentation zuschiebt, so wäre ein Blick in diese Quelle auch einem Professor der Finanzwirtschaft zu empfehlen.<sup>8</sup> *gst*

1) „Tobinssteuer – weltwirtschaftliches Experiment mit ungewissem Ausgang“, Politische Berichte 26/2001, S.18 f.

2) Prof. Paul Bernd Spahn, Zur Durchführbarkeit einer Devisentransaktionssteuer, Frankfurt 2002, <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/tobintax/>

3) Es handelt sich um eine Graphik aus der Site von [www.oanda.com](http://www.oanda.com)

4) Ein Beispiel aus der Studie, S.35: Am 14. Januar 2002 betrug der Kaufkurs für den Euro bei der Öffnung des Marktes in Tokio 1,12108 US-Dollar, der Verkaufkurs 1,12120 US-Dollar. Die Differenz betrug demnach 0,00012 US-Dollar, d.h. knapp über einem Basispunkt. Eine Tobinsteuer von 0,25 bis 1 % würde solche Geschäfte offensichtlich beenden.

5) Zur Durchführung..., S.66 f.

6) Im Falle Argentiniens hat man die katastrophale Auswirkung von fester Anbindung eines Wechselkurses an die Ankerwährung US-Dollar beobachten können.

7) Zur Durchführung..., S.24 f.

8) Die Studie unterstellt auf Seite 7 „eine oft als unproduktiv dargestellte Finanzwirtschaft (Karl Marx)“ oder auf Seite 10 eine „intuitive – aber irreführende – Gleichung ‚Ware = Geld = Ware‘ der Marxschen Theorie“. Vergleiche dazu MEW, Bd.25, Abschnitt V. Das Zinstragende Kapital, S.497: „Es hängen also diese Zahlungen ab von der Flüssigkeit der Reproduktion... Abgesehen von der Aussicht auf Rückflüsse, kann die Zahlung nur möglich werden durch Reservekapital,...“, d.h. Marx war die Bedeutung liquider Märkte durchaus bewusst. Oder S.619/620: „Übrigens ist es falsch, die Mittel, worüber das moderne Bankwesen verfügt, bloß als die Mittel der Müßigen zu betrachten. Erstens ist es der Teil des Kapitals, den Industrielle und Kaufleute momentan unbeschäftigt in Geldform halten, als Geldreserve oder erst anzulegendes Kapital; also müßiges Kapital, aber nicht Kapital der Müßigen. Zweitens der Teil der Revenuen und Ersparungen aller, der permanent oder transitorisch für Akkumulation bestimmt ist. Und beides ist wesentlich für den Charakter des Banksystems.... Es ist damit allerdings die Form einer allgemeinen Buchführung und Verteilung der Produktionsmittel auf gesellschaftlicher Stufenleiter gegeben, aber auch nur die Form.“



**16./17. März, Rostock:** *Parteitag der PDS.* Als Tagesordnung ist vorgeschlagen: Rede der Vorsitzenden der PDS, Gabi Zimmer, Generaldebatte zur Rede der Vorsitzenden der PDS; Rede des Wahlkampfleiters der PDS, Dietmar Bartsch, zur Begründung des Entwurfes des Bundestags-Wahlprogramms der PDS; Generaldebatte zum Entwurf des Bundestags-Wahlprogramms; Rede des Vorsitzenden der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag, Roland Claus; Beschlussfassung über das Bundestags-Wahlprogramm der PDS; Beratung und Entscheidung von weiteren Anträgen an die 3. Tagung des 7. Parteitag

**18. März:** Bundesweiter Aktionstag: *Solidarität und Widerstand gegen staatliche Repression, Sicherheitsgesetze und Abschiebungen! Freiheit für alle politischen Gefangenen!* Es ruft auf: Libertad! und Rote Hilfe

**23./24. März, Fulda:** *Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Beginn Sa, 10.45 Uhr, Ende So, 12.00 Uhr. Tagesordnung s. ausführlich in PB 4 und PB 5. Ort: DGB-Jugend-Bildungsstätte, Fulda, Magdeburger Str. 69

**23. März, Düsseldorf:** „*Unsere Hoffnung: Frieden, Freiheit und Anerkennung der kurdischen Identität*“. Großkundgebung in Düsseldorf. Im Aufruf heißt es: „Mit unserer Großkundgebung wollen wir erneut unseren festen Willen zeigen, gemeinsam mit allen friedlichen und demokratischen Kräften in der Türkei und in Europa die Probleme und Konflikte in Bezug auf die Akzeptanz der Rechte des kurdischen Volkes in der Türkei und im Mittleren Osten dauerhaft zu lösen. Wir suchen keinen Separatismus, sondern Kooperation und ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben mit allen demokratischen Kräften innerhalb der türkischen Gesellschaft. Eine Verleugnung der Identität des kurdischen Volkes, seiner Sprache und Kultur werden wir jedoch auch weiterhin nicht akzeptieren. Daher laden wir alle demokratischen und solidarischen Menschen ein, seien sie Deutsche oder Nicht-Deutsche, mit uns gemeinsam am 23. März in Düsseldorf zu demonstrieren!“

**30. März - 1. April, bundesweit:** Ostermärsche

**13./14. April, Marburg:** *Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik.* Hörsaal H der Philosophischen Fakultät, Wilhelm-Röpke-Str. 6, Tagung über Bilanz und Perspektiven rot-grüner Wirtschafts- und Sozialpolitik, u.a. mit Margit Schratzenstaller, Kai Eicker-Wolf, Hans-Ulrich Deppe, Nora Fuhrmann, Christoph Butterwegge. Infos/Anmeldung: Forschungsgruppe Politische Ökonomie, Institut für Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Str. 6, Zi. D1, 35032 Marburg, Tel. 06421/282 54 29, sozialpolitik@fgpoloek.de, www.fgpoloek.de

**21. April, Sachsen-Anhalt:** Landtagswahlen

**5. Mai, europaweit:** Unter dem Motto „*Gleichstellung - aber richtig!*“ setzt sich am diesjährigen Europäischen Protesttag für die Gleichstellung behinderter Menschen um den 5. Mai herum ein breites Bündnis von Behindertenorganisationen mit einer Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen für die Verabschiedung und konsequente Umsetzung von Gleichstellungsbestimmungen ein. Ein besonderer Schwerpunkt soll dabei auf die Verabschiedung und Umsetzung von Beschlüssen für barrierefreie Städte und Gemeinden gelegt werden.

**19. bis 26. Mai, Athen:** Konferenz des Europäischen Friedensforums: *Für eine europäische Friedensordnung - Gegen die Militarisierung der Weltpolitik durch USA und NATO* (Arbeitstitel)

**24./25. Mai, Köln:** *Kommen und bleiben - Migration und interkulturelles Leben in Deutschland.* Eine Konferenz der RL-Stiftung



## Neue Anforderungen an Gewerkschaften: Globalisierung, EU-Osterweiterung, Zuwanderung, illegale Arbeit

IG-Metall-Vorstand Schmitthenner schlug in seinen Thesen für die RLS-Veranstaltung „Gewerkschaft-Migration-Frauen“ am 3. November 2001 in Hamburg vor, ausländische ArbeitnehmerInnen in die deutsche Gewerkschaftsbewegung einzubinden und die gemeinsamen Interessen stärker zu betonen. Sein Vorstandskollege Schallmeyer fordert für die IG Metall faktisch sogar eine Legalisierung von irregulären ausländischen ArbeitnehmerInnen sowie ein weitgehendes Bleiberecht für MigrantInnen. Sein Vorschlag fand kaum öffentliche Aufmerksamkeit. (...) Aus der Globalisierung und aus der EU-Osterweiterung resultieren Befürchtungen und Fragen, die Antworten suchen:

- Sind ArbeitnehmerInnen der künftigen Mitgliedsstaaten als Konkurrenz anzusehen oder aber sind sie zukünftige KollegInnen mit gemeinsamen Interessen?
- Wie können die Gewerkschaften angemessen auf diese neuen Formen der Arbeitswanderung reagieren?
- Was bedeuteten diese Veränderungen für unsere Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit?
- Wie könnten gewerkschaftliche Antworten auf Fragen nach Verteilungsgerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung aussehen?

Es gibt auch ganz praktische Fragen:

- Welche Strategien böten sich an, die ausländischen und auch die irregulären KollegInnen zu unterstützen?
- Wäre gar die Legalisierung der Irregulären ein Thema für die Gewerkschaften?
- Ließen sich SaisonarbeiterInnen, Werkvertrags- und andere befristete ausländische ArbeitnehmerInnen organisieren?
- Ließen sich sogar irreguläre ArbeitnehmerInnen vertreten?
- Ist nicht eine arbeitsrechtliche Beratung für derart marginalisierte KollegInnen notwendig?
- Und wie steht es um die Chance, sie in Konflikten mit ihren Arbeitgebern (z.B. bei einbehaltenen Löhnen) angemessen zu unterstützen?

Wir stellen uns ein Seminar vor, in dem wir diese Fragen ausführlich diskutieren und möglicherweise dazu beizutragen, zukunftssträchtige Argumente und Handlungsstrategien zu skizzieren. Wir denken an ein gewerkschaftsübergreifendes Seminar mit Leuten aus dem Raum Bremen-Niedersachsen mit folgenden Diskussionsangeboten:

- Globalisierung, Migration, Fragen der sozialen Gerechtigkeit
- Für wen und was steht eigentlich „illegale“ Zuwanderung und Arbeit
- Arbeitsbedingungen polnischer MigrantInnen mit und ohne Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, Erfahrungen mit praktischer und rechtlicher Unterstützung
- Probleme der Gewerkschaften im Umgang mit Zuwanderung
- Bericht von der gewerkschaftlichen Arbeit mit MigrantInnen.

Als ReferentInnen, bzw. LeiterInnen von Arbeitsgruppen sind eingeladen:

Cornelia Roth, Polnischer Sozialrat, Berlin / Franck Düvell, Universität Bremen und Exeter, Sozialwissenschaftler / Bernd Honsberg, Bundesvorstand der IG BAU / Monique Trödel, Mitglied im Ver.di-Vorstand Bremen / Thorsten Lieder, Ver.di Betriebsgruppenvorstand Briefpost Bremen (FB10) Beirat Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen e.V. / Huriye Birinci, Ver.di Migrationsausschuss Hamburg (angefragt)

**Sa, 27.4., Beginn 14.00 Uhr**  
**So, 28.4.**

**Ort:**  
**DGB-Haus Bremen**

**Veranstalter:**

Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen e.V. in Zusammenarbeit mit Ver.di Bremen und der Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

**Information und Anmeldung:**

Anmeldungen bis 20.04. bitte unter: [lieder@luxemburg-initiative.de](mailto:lieder@luxemburg-initiative.de) oder Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen e.V. Tel. 0421-3909620 Fax: 0421-39096921